Worauf Sie sich verlassen können.

Wahlprogramm 1994

Niedersachsen

SPD

C 94 - 00627

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

C 94 - 00627

Vorwort

Die niedersächsische SPD legt ihr Programm für die Jahre 1994 – 98 vor.

Es ist ein Programm für eine schwierige Zeit. Die Bevölkerung unseres Landes wächst seit der Grenzöffnung um 100.000 Menschen jährlich, für die zusätzliche Wohnungen, Kindergartenplätze und Lehrkräfte benötigt werden. Das Geld wird jedoch immer knapper, weil Niedersachsen mit großen Summen beim Aufbau der neuen Bundesländer hilft und die Konjunkturkrise zugleich die Einnahmen spärlicher fließen läßt.

Es ist aber auch ein Programm, das nach vorn weist. Es schreibt die Politik der Regierung Gerhard Schröder fort. Wir haben 1990 das Land von einer handlungsunfähig gewordenen CDU-FDP-Regierung übernommen und in kurzer Zeit die Weichen neu gestellt. Wir haben alle zehn Punkte unseres Dringlichkeitsprogramms zur Landtagswahl 1990 erfüllt oder auf den Weg gebracht – darauf sind wir stolz! Auch das neue Programm soll Reformpolitik und Haushaltskonsolidierung zugleich voranbringen. Beides ist zur Zukunftssicherung unverzichtbar.

Das Programm beschreibt in sechs Kapiteln unseren Weg und unsere politischen Ziele. Es verdeutlicht aber auch unsere niedersächsische Art, Politik zu machen: nicht nur für die Menschen, sondern auch mit den Menschen.

Johann Bruns
Vorsitzender der SPD in Niedersachsen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

Hinrich Wilhelm Kopf gewidmet

Dies Programm erscheint im Jahr des 100. Geburtstages von Hinrich Wilhelm Kopf, des ersten Ministerpräsidenten unseres Landes. Hinrich Wilhelm Kopf war Sozialdemokrat. Er hatte drei große Ideen: Er wollte ein großes Niedersachsen – und schuf es aus den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Er wollte ein starkes Bundesland Niedersachsen – und machte es unabhängiger von Bonn, als es die Konservativen damals wollten. Er wollte ein soziales Niedersachsen: Unter Hinrich Wilhelm Kopf gab unser Land zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen eine neue Heimat.

Hinrich Wilhelm Kopf begann aus dem Nichts, mit kaum mehr als seiner Überzeugungskraft und seinem Vertrauen auf die Vernunft der Menschen. Das wichtigste Instrument seiner Regierung war das Gespräch.

In der Legislaturperiode, für die dieses Programm geschrieben wurde, wird Niedersachsen fünfzig Jahre alt. Hinrich Wilhelm Kopfs Erfolgsrezept haben wir bewahrt: Wir machen Politik *mit* den Menschen. Mit allen. In ihrem Engagement und ihrer geistigen Kraft liegt Niedersachsens Stärke.

Dieses Programm ist die Konzeption der SPD Niedersachsen für die Regierungsarbeit der nächsten Jahre. Es ist ein Vorschlag zum Mitmachen: Allein „von oben" läßt sich solche Politik nicht verwirklichen. Dieses Programm verzichtet auf spektakuläre Wahlversprechen. Unser wichtigstes Versprechen heißt: Wir werden tun, was für Niedersachsen gut ist. Wir werden neue Ideen verwirklichen, auch wenn sie noch nicht in diesem Programm stehen. Die Konzeption der Sozialdemokraten schließt keinen guten Vorschlag aus.

Politik mit Weitblick

Vor vier Jahren hat die niedersächsische SPD ein Programm zur Regierungsübernahme vorgelegt. Sein Titel hieß: „Niedersachsen ist mehr". Es war ein Programm voller Hoffnung. Vier Jahre später ist aus vielen Hoffnungen Wirklichkeit geworden. Das neue Programm der niedersächsischen SPD ist ein Programm der Erfahrung.

1. In Zeiten wie diesen

In diesen vier Jahren hat sich Deutschland, hat sich die Welt verändert. Die Herausforderungen an Politik sind gewachsen. Gewachsen sind aber auch die Chancen, Interessenkonflikte solidarisch zu lösen und Zukunft gemeinsam zu gestalten:

Wir haben zusammen gefeiert. Millionen von Menschen in Ost und West haben gejubelt über die Deutsche Einheit. Millionen waren bereit, mitzumachen beim Aufbau und Opfer zu bringen für das einige Deutschland.

Wir sind zusammen auf die Straße gegangen. Millionen von Menschen haben ohne Ansehen der Partei und der Nationalität gegen Fremdenhaß und Gewalt demonstriert. Millionen haben Lichter angezündet für ein friedliches, tolerantes und weltoffenes Deutschland.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich so viele und so verschiedene Menschen für gemeinsame politische Ziele engagiert wie in diesen Jahren. Noch nie waren aber auch die Erwartungen an Politik, war der Wunsch nach Orientierung und politischer Führung so groß. Einheit, Zuwanderung, Wirtschaftskrise und neue Kriege haben die Politik vor eine entscheidende Bewährungsprobe gestellt.

Die Bonner Politik hat diese Bewährungsprobe nicht bestanden. Sie hat Entscheidungen ausgesessen, wo sie getroffen werden mußten. Sie hat Verwirrung vergrößert, wo Orientierung gefragt war. Sie hat die Bereitschaft zum Verzicht verhöhnt und Menschen, die mitmachen wollten, vor den Kopf gestoßen. Statt zu führen, ist die Bonner Politik der Bewegung der Menschen hinterhergelaufen. Jetzt laufen ihr die Menschen weg.

In Zeiten wie diesen müssen wir mehr Politik wagen. Enttäuschung entsteht, wo keine Politik gemacht wird. Politikverdrossenheit kann nur überwinden, wer Politik macht. Ohne dies hilft ein Ehrenkodex für Politiker gar nichts.

Niemand verlangt von Politikern und Politikerinnen, daß sie bessere Menschen sind. Niemand verlangt, daß sie für alles eine Lösung haben. Aber wir verlangen, daß sie sich ernsthaft um Lösungen bemühen. Wir verlangen, daß sie Konflikte austragen und dabei die Sorgen der kleinen Leute ebenso ernst nehmen wie die Sorgen der Unternehmen. Wir verlangen vor allem, daß sie den Mut haben, Entscheidungen zu treffen und zu diesen Entscheidungen zu stehen.

Unter diesen Anspruch hat die niedersächsische SPD ihre Regierungstätigkeit gestellt. Dieser Anspruch prägt das vorliegende Wahlprogramm. Wir wollen, daß Politikverdrossenheit in Niedersachsen auch weiterhin ein Bonner Fremdwort bleibt.

2. Worauf wir stolz sind

Die niedersächsische SPD ist in der Landesregierung angetreten mit dem Versprechen, Politik für Niedersachsen zu machen. Die Erfolge haben selbst manchen Sozialdemokraten überrascht.

Wir haben längst nicht alle Probleme des Landes gelöst. Wir sind mit neuen politischen Entwicklungen und unvorhersehbaren finanziellen Belastungen konfrontiert worden. Aber wir haben den praktischen Beweis geliefert,

daß sich soziale Reformen verwirklichen lassen, die lange Jahre als nicht finanzierbar galten,

daß eine ökologische Wirtschaftspolitik auch bei den Unternehmen auf Offenheit und Zustimmung stößt,

daß eine ehrliche Politik Gegensätze überwinden und neue Kräfte für Niedersachsen mobilisieren kann und

daß Niedersachsen kein rückständiges „Skandalland" ist, sondern ein tolerantes, solidarisches und modernes Land, in dem die Menschen menschlich miteinander umgehen.

■ Führen und zusammenführen

Unsere Erfahrung aus vier Jahren Regierungsarbeit in Niedersachsen ist: Die Kräfte, unser Land nach vorn zu bringen, sind vorhanden. Und zwar in allen Bereichen. Man muß sie nur zusammenführen, statt sie gegeneinander auszuspielen, wie es die Vorgängerregierung getan hat:

Wieviel Engagement, wieviel Zeit und Geld haben Umweltschützer und Umweltschützerinnen vor Jahren eingesetzt, bis das Kraftwerk Buschhaus entschwefelt wurde! Wir haben die Initiativen von vornherein an allen umweltrelevanten Planungen beteiligt und so ihren Einsatz und ihr Wissen *für* Niedersachsen genutzt. Wieviele Kräfte wurden jahrelang durch den unseligen Radikalenerlaß vergeudet! Wir haben ihn einfach abgeschafft. Heute vermißt ihn niemand mehr. Politik kann Interessengegensätze nicht aus der Welt schaffen. Aber sie kann sie überwinden, indem sie gegenläufige Interessen auf ein gemeinsames Ziel führt. Nur so lassen sich Probleme wirklich *lösen*. Politik für bestimmte Interessengruppen schiebt Lösungen nur auf die lange Bank.

Diese Politik funktioniert. Unsere Erfahrung ist: Kaum ein Bürger und kaum eine Bürgerin verschließt sich sinnvollen ökonomischen Projekten – wenn man sie denn von Anfang an an den Entscheidungen beteiligt. Und: Kein Unternehmen verschließt sich sinnvollen ökologischen Forderungen – wenn man das nur ernsthaft von ihm verlangt. Der Bau des Amerikahafens in Cuxhaven, die Einigung auf die Mercedes-Teststrecke in Papenburg, die Wiederinbetriebnahme der Raffinerie in Wilhelmshaven belegen das eindrucksvoll. Lauter Projekte, bei denen sich Ökologie und Ökonomie gegenseitig *gestärkt* haben.

Dies ist das Grundprinzip unserer Politik. Sie ist nicht deshalb erfolgreich, weil wir so viel klüger wären als andere. Es gibt sehr viele sehr kluge Köpfe außerhalb unserer Partei. Die Politik der niedersächsischen SPD hat Erfolg, weil sie unserem Land neue Potentiale erschließt. Weil wir mit Umweltverbänden so konstruktiv zusammenarbeiten können wie mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften so vernünftig wie mit Arbeitgebern, mit dem Kinderschutzbund wie mit dem ADAC, mit Feministinnen wie mit dem Hausfrauenbund, mit jungen Künstlern wie mit grauen Panthern.

■ Niedersachsen ist auf einem guten Weg

Unser Land hat einen großen Schritt nach vorn gemacht: Seit unserem Regierungsantritt lag das Wirtschaftswachstum Niedersachsens deutlich über dem Bundesdurchschnitt; bei den Arbeitsmarktzahlen hat sich der Rückstand auf den Bund verringert. Neue Untersuchungen haben der Region Hannover die beste Investitionsqualität in Deutschland (und die zweitbeste in Europa) und dem Land Nieder-

sachsen die mit Abstand beste Umweltqualität attestiert. Kein anderes Bundesland hat in den letzten Jahren – auf die Bevölkerung umgerechnet – mehr Wohnungen finanziert, mehr Lehrer eingestellt, mehr neue Kindertagesstätten geschaffen als Niedersachsen.

Dies ist nicht allein das Verdienst sozialdemokratischer Regierungstätigkeit. Zum Aufschwung in Niedersachsen haben aufgeschlossene Industriemanager ebenso beigetragen wie hartnäckige Bürgerinitiativen, eine flexible Landesverwaltung ebenso wie engagierte Elterninitiativen, kreative Forschungseinrichtungen ebenso wie naturverbundene Bauernfamilien. Das Verdienst der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Landesregierung ist es, all diesen Kräften den Weg frei gemacht zu haben.

■ Neue Ideen für Niedersachsen

Worauf wir stolz sind:

Das Dringlichkeitsprogramm der SPD Niedersachsen 1990

Versprochen	Gehalten
1. Die Wirtschaftsförderung wird auf Strukturverbesserung konzentriert. Für Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung werden Sonderprogramme geschaffen.	Aus dem neuen Ökofonds wurden umweltverträgliche Produkte und Verfahren mit 279 Millionen DM gefördert. 18 verschiedene Förderprogramme und 54 „Soziale Betriebe" helfen vor allem jugendlichen und Langzeit-Arbeitslosen.
2. Ein Aktionsprogramm „Abfallwirtschaft" leitet das Umsteuern in der Abfallpolitik ein. Neue Trinkwasserschutzgebiete werden ausgewiesen.	Das neue Abfallgesetz schreibt die Getrenntsammlung von Abfall und die Kompostierung vor; auf Sondermüll wird eine Abfallabgabe erhoben. Das Wassergesetz wurde novelliert, der Grundwasserschutz verbessert, Wasserschutzgebiete werden fortlaufend neu ausgewiesen.
3. Die Lernmittelfreiheit wird stufenweise eingeführt.	Die Lernmittelfreiheit gilt seit 1993 für alle Jahrgänge.
4. Alle Kinder erhalten bis 1998 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.	37.000 neue Kindergartenplätze wurden mit Landeszuschüssen eingerichtet, die Personalkostenzuschüsse wurden erhöht. Der Rechtsanspruch ist gesetzlich garantiert.
5. Niedersachsen initiiert ein Bundesgesetz zur Förderung der umweltangepaßten und bäuerlichen Landwirtschaft; ein Förderprogramm stärkt den ökologischen Landbau.	Ein Gesetz zum Ausschluß der Agrarindustrie von allen Subventionen ist in den Bundesrat eingebracht. Das Land unterstützt extensive Bewirtschaftung, Beratung und Vermarktung: Seit 1990 stellten 520 Höfe auf ökologischen Anbau um.
6. Von 1990 – 94 werden 60.000 neue Wohnungen gefördert.	Für 62.000 neue Wohnungen wurden Landesmittel bereitgestellt – mehr als in jedem anderen Bundesland.
7. Das Pflegepersonal in Behinderten- und Altenpflegeheimen wird aufgestockt; die Sozialstationen werden ausgebaut.	In den Landeskrankenhäusern wurden 700 Pflege- und 173 Arztstellen neu geschaffen; die Mittel für die Modernisierung von Alteneinrichtungen und für die Sozialstationen (für Personalkosten und besondere Aufgaben) wurden erheblich aufgestockt.
8. Es wird ein Frauenministerium eingerichtet und ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet.	Das Frauenministerium wurde 1990 eingerichtet, das Gleichstellungsgesetz ist in Arbeit. In allen Bereichen wurden Frauenförderprogramme geschaffen und Frauenbeauftragte eingesetzt.
9. Pro Jahr werden mindestens 1.000 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.	Allein bis 1993 wurden 5.811 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – 1.800 mehr als versprochen.
10. Die Hochschulen bekommen neue Stellen und werden schrittweise auf 100.000 flächenbezogene Studienplätze ausgebaut.	Bisher erhielten Hochschulen 730 neue Stellen. An den Universitäten konnte die Überlast abgebaut werden. An den Fachhochschulen wurde Platz für 6.000 zusätzliche Studierende geschaffen.

Wie sehr Niedersachsens Kräfte in den achtziger Jahren vergeudet worden sind, machen die Fortschritte im sozialen Bereich deutlich. Von 1990 bis 94 hat Niedersachsen – ganz grob gerechnet – in jedem Jahr so viel Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, so viele Kindertagesstätten eingerichtet, so viele Altenwohnungen gefördert und so viele Lehrkräfte eingestellt wie die Vorgängerregierung in ihren letzten vier Jahren zusammen. Dazu wurde mit großem finanziellen Aufwand die Lernmittelfreiheit verwirklicht, die Umweltverwaltung funktionsfähig gemacht und eine eigenständige Frauenpolitik entwikkelt. Unsere Wahlversprechen haben wir gehalten.

Trotz der immensen finanziellen Aufwendungen für diese Reformen hat die Landesregierung weniger neue Schulden gemacht als die Vorgängerregierung. Und sie hat im gleichen Zeitraum noch 13 Milliarden Mark für den Aufbau im Osten übernommen. Sie hat das geschafft, weil sie mit den knappen Geldern ideenreich und verantwortungsbewußt umgegangen ist.

- Zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung: Statt Subventionen zu kassieren, wie das früher üblich war, bezahlen Konzerne zusätzliche Millionenbeträge für den Naturschutz. Wie Mercedes-Benz in Papenburg oder die norwegische Firma Statoil für den Bau der Gasleitung „Europipe".

Zum Beispiel in der Abfallpolitik: Über eine Sondermüllabgabe wird die systematische Abfallvermeidung finanziert.

Zum Beispiel im Kulturbereich: Niedersächsische Unternehmen konnten gewonnen werden, Kulturereignisse von Weltrang nach Niedersachsen zu holen.

Zum Beispiel in der Verkehrspolitik: Vom Verkaufserlös für das Mercedes-Benz-Grundstück in Papenburg finanziert das Land neue Projekte im öffentlichen Nahverkehr.

Zum Beispiel beim Wohnungsbau: Über eine Fehlbelegungsabgabe werden zusätzliche Gelder zur Wohnungsbauförderung erwirtschaftet.

Auf diese Weise haben wir zahlreiche wichtige Aufgaben finanziert, ohne den Landeshaushalt zu belasten. Dessen Mittel konnten wir so gezielt für die sozialen Reformen und für den ökologischen Umbau unseres Landes einsetzen.

3. Womit wir rechnen müssen

Die Ideen der niedersächsischen SPD sind damit längst nicht erschöpft. Und wir werden sie brauchen: Niedersachsens Entwicklung zu einer zukunftsträchtigen Region mit wegweisendem Profil hat erst begonnen. Der Weg dorthin ist mit Problemen belastet, die in Jahrzehnten entstanden sind und deren Lösung in manchen Fällen ebenfalls Jahrzehnte erfordern wird.

Wir wollen die Situation nicht schöner malen als sie ist:

- Die neuen Nationalparks dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade im Harz die Natur extrem geschädigt ist und immer noch zu großen Belastungen unterworfen ist.
- Die zahlreichen Industrieansiedlungen der letzten Jahre dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen immer noch – wenn auch mit sinkender Tendenz – über dem Durchschnitt der alten Länder liegt.
- Die erfolgreiche Stärkung zukunftsträchtiger Wirtschaftszweige darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Niedersachsen immer noch von der Autoindustrie und damit von Konjunkturschwankungen extrem abhängig ist.
- Die Erfolge bei der Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Massentierhaltung immer noch gravierende Umweltschäden verursacht.
- Die neue Abfallgesetzgebung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer noch Altlasten in niedersächsischem Boden liegen, deren Beseitigung Milliarden kosten wird.
- Wir verschweigen nicht, daß die immensen Anstrengungen im

Wohnungsbau und bei der Einstellung neuer Lehrkräfte die alten Lücken und den neuen Bedarf aus der Zuwanderung nicht gleichzeitig decken konnten.

Die Entlastung der Straßen (und damit der Luft) und die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs werden uns noch im nächsten Jahrhundert beschäftigen.

■ Größere Aufgaben und weniger Geld

Diese Probleme zu lösen, ist mit der Deutschen Einheit und der Wirtschaftskrise in ganz Europa nicht eben leichter geworden. Niedersachsen wird in den nächsten Jahren die Bedürfnisse von mehr Menschen mit weniger Geld befriedigen müssen.

Niedersachsens Bevölkerung wächst seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs jedes Jahr um rund 100.000 Menschen. Für sie müssen zusätzliche Wohnungen gebaut, zusätzliche Kindergärten eingerichtet und zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden. Das Geld dafür aber wird noch knapper als bisher, weil wir mit großen Summen beim Aufbau im Osten helfen. Allein durch die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs verliert Niedersachsen ab 1995 jedes Jahr weitere 1,8 Milliarden Mark.

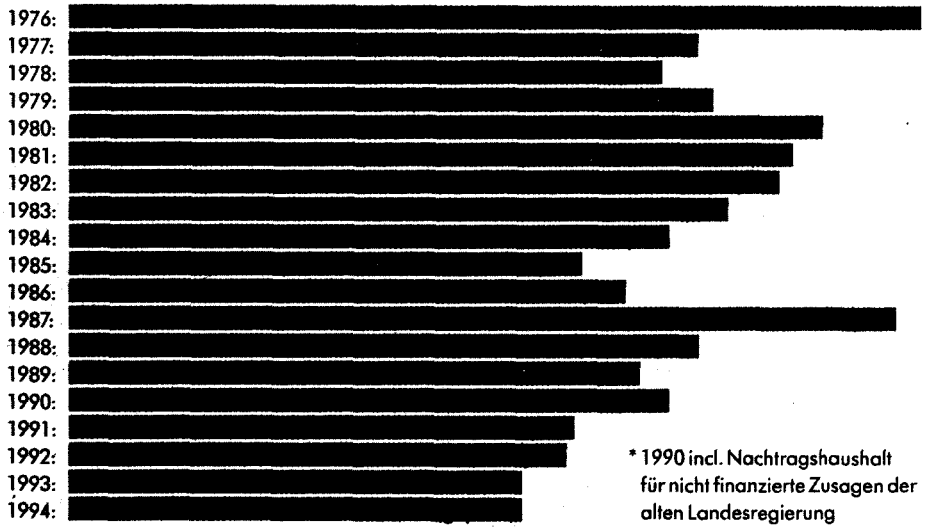
Zu allem Überfluß läßt die Konjunkturkrise auch noch die Steuereinnahmen sinken und die Sozialausgaben steigen. Es wird auf absehbare Zeit keinen Zuwachs mehr zu verteilen geben. Unser Land muß sich einschränken – auch bei den Leistungen für seine Bürgerinnen und Bürger.

Die niedersächsische SPD beklagt sich nicht über diese neuen Belastungen: Wir wollten die deutsche Einheit, und wir wollen auch die soziale Einheit verwirklichen. Wir wollten und wollen offene Grenzen in Europa. Also werden wir auch die Folgen bewältigen, solidarisch und verantwortungsbewußt.

■ Solide Finanzpolitik sichert Reformfähigkeit

Worauf wir stolz sind:

Entwicklung der Kreditfinanzierungsquote (Anteil neuer Schulden am Landeshaushalt)



* 1990 incl. Nachtragshaushalt für nicht finanzierte Zusagen der alten Landesregierung

1990: Die Landesregierung muß mehr als 500 Millionen Mark für Wohnungen und Krankenhäuser aufbringen, die die Vorgängerregierung zugesagt, aber nicht finanziert hatte. **1990 – 94:** Die Landesregierung finanziert die Lernmittelfreiheit und rund viermal soviel Wohnungen, Kindergartenplätze, Altenwohnungen wie die Vorgängerregierung und stellt viermal soviel Lehrerinnen und Lehrer ein. **1990 – 94:** Niedersachsen übernimmt 13 Milliarden Mark von den Kosten der deutschen Einheit – das entspricht pro Jahr den Landeseinahmen eines ganzen Monats. **1991 – 94:** Die Landesregierung macht weniger Schulden als ihre Vorgängerin: 9,6 Milliarden Mark. Der Anteil neuer Schulden am Haushalt sinkt auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten. **Ab 1995:** Durch den Länderfinanzausgleich verliert Niedersachsen jährlich weitere 1,8 Milliarden Mark.

In Zeiten wie diesen muß Reformpolitik durch die Schaffung von Finanzspielräumen erkämpft werden. Die niedersächsische SPD betrachtet Reformen nicht als Luxus: Sie sichern unsere Zukunft und müssen deshalb heute verwirklicht werden. Ebenso wichtig für die Zukunftssicherung aber ist eine verantwortungsbewußte Haushaltspolitik, die nicht heute schon das Geld unserer Kinder ausgibt.

Wir werden beide Aufgaben solide lösen, wie wir das in den letzten vier Jahren schon erfolgreich getan haben.

Es sind nicht zuletzt die Zinsen für die Schulden unserer Vorgängerregierung, die den finanziellen Spielraum Niedersachsens so dramatisch einengen. Wir werden solch verantwortungslose Politik nicht wiederholen. Wir werden unseren Kurs der Minimierung der Neuverschuldung fortsetzen, mit dem wir den kreditfinanzierten Anteil am Haushalt schon heute auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesenkt haben.

■ Mehr Spielraum für Niedersachsen

In den Verhandlungen um die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern hat Gerhard Schröder den Bankrott verhindern können, den die Vorstellungen des Bundesfinanzministers für Niedersachsen bedeutet hätten. Er hat unserem Land einen – engen – finanziellen Spielraum erkämpft und erreicht, daß Niedersachsen seine Politik künftig unabhängiger von Bonner Ausgleichs- und Ergänzungszahlungen gestalten kann.
Wir wollen diese Unabhängigkeit noch vergrößern. Wir wollen in Abstimmung mit dem Bund weitere Mischfinanzierungen abbauen, die nicht nur die Entscheidungsfähigkeit der Landesregierung einschränken, sondern zudem eine völlig überflüssige Beantragungs- und Abrechnungsbürokratie beschäftigen. Das gleiche Ziel gilt im Verhältnis zwischen Land und Kommunen.

■ Mehr Leistung fürs Geld

Wir haben in den letzten Jahren bei der Polizei und in der Finanzverwaltung mit grundsätzlichen Reformen begonnen, die wir in den nächsten Jahren auf die gesamte Landesverwaltung ausdehnen wollen. Wir wollen damit der Kreativität, der Entscheidungsfreude und dem Verantwortungsbewußtsein der Landesbediensteten mehr Entfaltungsmöglichkeit geben. Wir verfolgen mit dieser Modernisierung aber auch ein haushaltspolitisches Ziel: Wir wollen die knappen Mittel des Landes effektiv für Polizei, Schulen, Hochschulen, Pflege oder andere Dienstleistungen des Landes einsetzen und unnötige Ausgaben abbauen, die immer noch durch bürokratische Abläufe, überflüssige Entscheidungsebenen und veraltete Organisations- und Kommunikationstechniken entstehen.

Wir wollen so die Leistungen des Landes bedarfsgerecht ausgestalten und gleichzeitig den Anstieg der Personalkosten bremsen. Dazu werden wir auch „Erbhöfe" in der Bürokratie knacken, werden wir liebgewonnene Gewohnheitsrechte in Frage stellen, ungerechtfertigte Vorteile abbauen und einzelnen neue Belastungen zumuten müssen. Wir werden uns für ein Laufbahn- und Besoldungsrecht einsetzen, das Motivation und Aufstiegschancen erhöht. Wir wissen: Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften werden aktiv zu diesen Veränderungen beitragen.

Den Hochschulen haben wir durch mehr Autonomie die Möglichkeit gegeben, die vorhandenen Mittel eigenverantwortlich und damit effektiver einzusetzen. An drei Hochschulen des Landes wird modellhaft eine entsprechende Haushaltsgestaltung erprobt. Wir werden diese Versuche auswerten und positive Ergebnisse auf die anderen Hochschulen übertragen.

Wir werden schließlich prüfen, ob einzelne Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger effektiver und kostengünstiger von landeseigenen Gesellschaften, die privatrechtlich organisiert sind, oder von privaten Anbietern erbracht werden können.

■ Mehr Verantwortung, weniger Subventionen

Subventionsabbau ist in erster Linie ein Thema der Bundespolitik. Aus dem Landeshaushalt wird vergleichsweise wenig subventioniert. Wir werden trotzdem alle Subventionen des Landes einer erneuten kritischen Bewertung unterziehen. Wir wollen dort Landeszuschüsse zahlen, wo sie sozial notwendig sind, den ökologischen Umbau vorantreiben oder aus anderen Gründen für die Zukunftssicherung von besonderer Bedeutung sind. Alle anderen Subventionen wollen wir schrittweise abbauen.

Dies gilt auch für alle „indirekten" Subventionen. Wir werden die Kosten z.B. für Umweltschäden konsequent den Verursachern aufbürden, wie wir es bereits beim Sondermüll oder beim Wasser getan haben. Das entlastet die öffentlichen Kassen und hilft der Umwelt, weil es umweltschädigendes Verhalten verteuert.

■ Mehr Druck auf Bonn

Gemeinsam mit anderen Ländern werden wir Druck erzeugen, damit der Bund seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommt.

Wir werden nicht hinnehmen, daß der Hochschulausbau in Niedersachsen stagniert, nur weil der Bund sich seiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Mitfinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe entzieht. Ebensowenig können wir akzeptieren, daß die niedersächsische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gefährdet wird, weil der Bund die Mittel für Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen streicht. Schließlich steht der Bund auch für die Beseitigung der Rüstungsaltlasten in Niedersachsen finanziell in der Pflicht.

4. Worauf Sie sich verlassen können

Diese Finanzpolitik sichert Niedersachsen zwar nicht den wünschenswerten, aber doch den größtmöglichen Entscheidungsspielraum für seine Reformpolitik. Sie gewährleistet, daß

- das Programm „Arbeit und Qualifizierung in Niedersachsen",
- die Förderung des Wohnungsbaus,
- der Ausbau von Arbeitsplätzen in einer umweltverträglichen Wirtschaft,
- der Ausbau der Hochschulen,
- das Kindergartenprogramm,
- die Einstellung von Lehrkräften,
- die Frauenförderung

in den nächsten vier Jahren auf dem hohen Stand der letzten Legislaturperiode fortgesetzt werden können.

Wir werden keine neuen Wünsche erfüllen können. Wir werden im Gegenteil für diese Aufgaben Finanzmittel umschichten und an anderen Stellen kürzen müssen. Und wir müssen neue Einschnitte befürchten: Das Ende der konjunkturellen Talfahrt ist längst nicht absehbar. Und die Bundesregierung möchte immer noch weitere Kosten der Einheit auf die Länder und ihre Kommunen abwälzen.

Niedersachsens Wirtschaft ist in hohem Maße von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Damit ergibt sich auch eine entsprechende konjunkturelle Abhängigkeit für die finanziellen Möglichkeiten des Landes. In dieser Situation können wir nicht garantieren, daß – bei weiteren Finanzkürzungen – jeder einzelne Punkt des folgenden Wahlprogramms ohne Abstriche verwirklicht werden kann. Aber wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen. Und wir können garantieren daß es dabei gerecht zugehen wird. Was auch immer geschieht: Sie können sich darauf verlassen, daß die niedersächsische SPD in ihrer Politik fünf Grundsätze einhält:

■ Niedersachsen geht vor

Niedersachsen hilft, wo Hilfe gebraucht wird. Für Ostdeutschland, für Osteuropa, für die Dritte Welt sind wir auch zum Verzicht bereit. Aber wir verteidigen Niedersachsens Interessen mit Zähnen und Klauen, wenn dieser Verzicht zur bloßen Umverteilung führt. Wo Arbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern mit öffentlichen Geldern nur von den neuen in die alten Bundesländer verschoben wird, ist diese Grenze erreicht.

■ Niedersachsen bleibt gerecht

Egal wie groß die Lasten sind, die unser Land in Zukunft tragen muß: Mit der niedersächsischen SPD werden sie gerecht verteilt. Das heißt: Wer mehr hat, muß auch mehr geben. Bevor wir in den Sozialbereich einschneiden, wollen wir eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Freiberufler und Politiker. Wir wollen in der Verwaltung sparen, aber noch mehr Lehrkräfte, Polizeibeamte, Steuerfahnder und Umweltexperten einstellen.

■ Niedersachsen bleibt sauber

Finanznot – und sei sie noch so groß – wird mit der niedersächsischen SPD niemals zur Lockerung des Umweltschutzes führen. Wer die Lebensgrundlagen der Zukunft sichern will, muß Arbeitsplätze *und* Ökologie optimal entwickeln. Wir lassen Abstriche weder bei dem einen noch beim anderen zu.

■ Niedersachsen behütet seine Kinder

Unsere Kinder vertrauen uns. Die Fürsorge, die sie heute brauchen, müssen wir ihnen heute geben. Morgen – wenn wir vielleicht mehr Geld haben – wäre es zu spät. Die niedersächsische SPD wird nicht erlauben, daß auch nur ein Kind durch staatliche Politik in seiner Entwicklung benachteiligt, in seinem Spiel gestört oder seiner Bildung beschränkt wird.

■ Niedersachsen bleibt im Gespräch

Die niedersächsische SPD bezieht in ihre Regierungsarbeit alle ein, die im Großen oder im Kleinen an der Entwicklung Niedersachsens mitarbeiten wollen. Die Frauen vor allem. Wo es Streit gibt, reden wir miteinander: Das wichtigste Mittel unserer Politik ist das Gespräch. Und dann treffen wir Entscheidungen: Wer etwas bewegen will, muß Politik *machen*. Nicht aussitzen.

II.

Das Neue gestalten: Die Grundlagen des Fortschritts

Deutschland ist in Bewegung. Neue politische Kräfte entstehen; Frauen nehmen sich gleiche Rechte, die alten Menschen werden selbständiger, die Kulturszene ist bunter, die Medienlandschaft vielfältiger denn je. Kinder erobern sich Technologien, von denen ihre Eltern nichts mehr verstehen, Menschen aus den verschiedensten Regionen der Welt leben mitten unter uns und fördern Weltoffenheit und Toleranz.

Die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik sind nicht mehr die der fünfziger und sechziger Jahre. Neue Chancen für ein gleichberechtigtes und anregendes Zusammenleben aller Menschen haben sich eröffnet, unserer Gesellschaft sind neue Kräfte erwachsen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite hat mit Angst, mit Verdrossenheit zu tun. Die Politik ist dem Wandel der Gesellschaft lange hinterhergehinkt, und die Bundesregierung weigert sich in vielen Bereichen bis heute, diesen Wandel überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Das Ergebnis ist Verunsicherung, ist Sehnsucht nach der „guten alten Zeit", als die Deutschen noch unter sich, die Alten noch bescheiden, die Kinder noch brav waren und die Frauen in die Küche gehörten. Das Ergebnis ist Egoismus, ist Verachtung für „die Politik", die ganz offensichtlich am Leben und der Entwicklung der Gesellschaft vorbeiregiert.

Man mag über diese Entwicklungstrends denken, wie man will. Tatsache ist, daß niemand sie zurückdrehen *kann*. Die niedersächsische SPD *will* sie auch nicht zurückdrehen. Das Zusammenleben von morgen läßt sich nicht mit den Regeln von gestern gestalten. Und die alten Werte lassen sich nicht bewahren, wenn wir sie nur beschwören und das Neue ignorieren. Wir wollen der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität Geltung über unsere Zeit hinaus verschaffen.

Man mag beklagen, daß Kinder immer seltener in der Gemeinschaft großer Familien aufwachsen – wir stellen unsere Politik darauf ein und schaffen den Kindern neue Gemeinschaften, in Kindergärten, in Ganztagsschulen. Man mag laut über Gewalt und Menschenverachtung in niveaulosen Fernsehprogrammen schimpfen – wir stellen unsere Politik darauf ein und unterwerfen die privaten Sender einer Konkurrenz um mehr Qualität, indem wir für bessere öffentlich-rechtliche Programme sorgen. Man mag manchmal ratlos vor der Kunst und Kultur stehen, auf die die Jugend heute „abfährt" – wir stellen unsere Politik darauf ein und fördern diese Formen ebenso wie die etablierten, weil nur neue Impulse die Kultur lebendig erhalten.

Eine Gesellschaft im Wandel braucht Gemeinsamkeit. Gemeinsamkeit läßt sich nicht verordnen. Sie läßt sich nur erreichen, wenn alle die Chance haben, die Gesellschaft mit ihren Ideen, ihrem Engagement und ihren Bedürfnissen mitzuformen. Aber auch dieses Mittun läßt sich nicht verordnen. Man mag bedauern, daß engagierte Menschen zunehmend außerhalb der politischen Parteien aktiv werden – wir begreifen dieses Engagement als Chance und öffnen die Parteiendemokratie den neuen Kräften.

Wir wissen wohl: Das macht Demokratie mühsam. Weil es die demokratisch gewählten Institutionen zwingt, ihr Handeln öffentlich und immer wieder neu zu legitimieren. Aber wir wissen auch: Genau das ist es, was Demokratie lebendig erhält.

1. Frauen und Gleichstellung

Worauf wir stolz sind:

1990 bekam Niedersachsen ein Frauenministerium.
Heute haben wir

- vier Kinderschutzzentren,
- ein Mädchenhaus,
- ein Familienplanungszentrum,
- ein Koordinierungsbüro für Mütterzentren,
- eine mobile Beratungsstelle für Berufsrückkehrerinnen,
- sechs Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen,
- ein Förderprogramm für Existenzgründerinnen,
- ein „Frauen-Rock-Mobil",
- Sonderdezernate zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt,
- ein Gleichstellungsgesetz eingebracht,
- Frauenbeauftragte in allen Ministerien, Hochschulen und Kommunen,
- die Möglichkeit zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch,
- jede Menge Frauen in Führungspositionen,
- Frauenrechte in der niedersächsischen Verfassung verankert.

Auf rechtlicher Ebene ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in den letzten Jahren weitgehend verwirklicht worden – die Praxis aber hinkt der Theorie weit hinterher. Frauenpolitik kann sich also nicht auf den gesetzlichen Abbau von Benachteiligungen beschränken: Sie muß Frauen solange fördern und auch bewußt bevorzugen, bis ihre tatsächliche Gleichstellung erreicht ist – im Beruf und in den Gremien der Politik, in der Familie und vor allem in den Köpfen. Jede neue Chance, die wir Frauen einräumen, ist eine neue Chance für unser Land. Niedersachsen braucht die Fähigkeiten und das Engagement der Frauen.

Dies ist keine spezielle Aufgabe des Frauenministeriums. Die Frauen der niedersächsischen SPD gestalten die Landespolitik in allen Bereichen mit – auch wenn es um den öffentlichen Nahverkehr, um Landwirtschaft, Wohnungsbau oder Kulturförderung geht.

■ Ohne Frauenförderung keine Gleichstellung

Wir haben auf allen Ebenen der Landespolitik begonnen, die Gleichstellung der Frauen praktisch zu verwirklichen. Mit neuen Gesetzen und Verordnungen allein ist dies aber nicht getan: Wirkliche Gleichstellung ist erst erreicht, wenn man über sie nicht mehr zu reden braucht. Dieser Prozeß des Umdenkens wird die Gesellschaft noch über Jahre beschäftigen.

Bis dahin wird die niedersächsische SPD Frauen in allen Bereichen weiterhin gezielt fördern. Wir werden im öffentlichen Dienst Frauen bevorzugt einstellen und – bei gleicher Qualifikation – bevorzugt befördern, bis ihre Gleichstellung tatsächlich erreicht ist. Wir werden die Förderprogramme für Existenzgründerinnen und Nachwuchswissenschaftlerinnen weiterführen und die Entwicklung von Frauenförderplänen in der Privatwirtschaft vorantreiben. Wir werden der Frauenkultur und der Frauenforschung weiter eine eigenständige Entwicklung sichern und die paritätische Beteiligung von Frauen in allen Entscheidungsgremien der Politik und der Gesellschaft gesetzlich und praktisch weiter voranbringen.

■ Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt

Wir werden in der Landesregierung weiter an einem gleichberechtigten Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt arbeiten. Trotz Sparzwängen werden Maßnahmen wie Qualifikationsangebote für Frauen und

Mädchen, die Hilfen für Frauen in ländlichen Gebieten und die Angebote für Berufsrückkehrerinnen weitergeführt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Unternehmen werden wir weiter an der Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen arbeiten, um Beruf und Familie miteinander vereinbar zu machen – für Frauen und Männer.

■ Hilfe und Förderung im Alltag

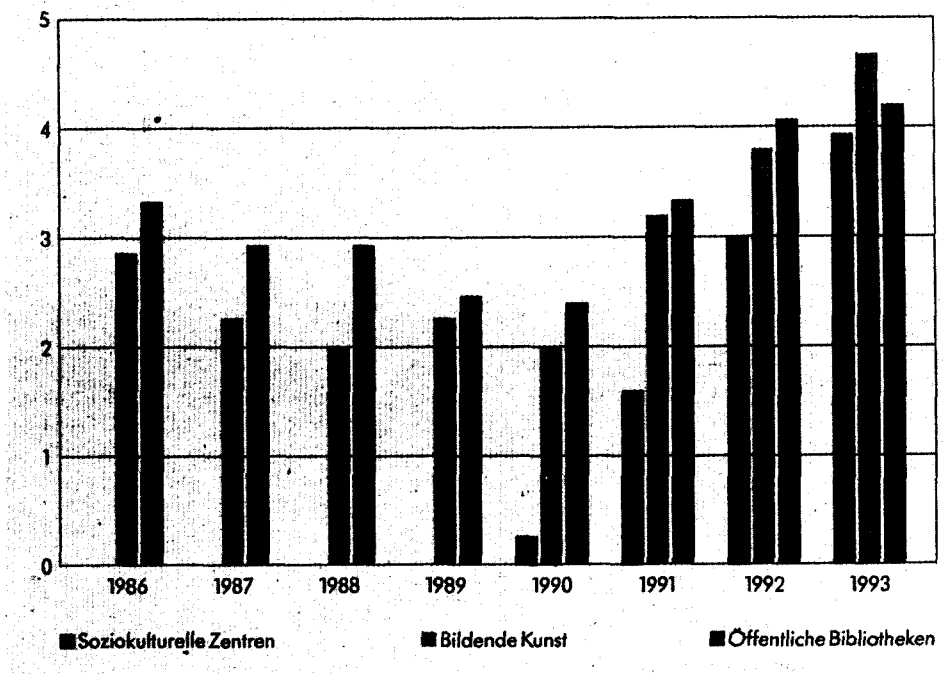
Die niedersächsische SPD geht in allen gesellschaftlichen Bereichen gegen jegliche Diskriminierung von Frauen an. Wir werden in der Landesregierung weiter jede Art von Gewalt und insbesondere die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen öffentlich ächten und präventiv unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten bekämpfen; für Frauen und Mädchen in Notlagen werden wir Beratungsangebote und Frauenhäuser weiter auf dem erreichten hohen Niveau finanzieren.

Niedersachsen braucht starke, selbstbewußte Frauen. Selbstbewußtsein braucht Raum zur Entwicklung: Wir wollen weitere Mädchenhäuser einrichten. Wir wollen Freiräume schaffen, in denen Mädchen eigene Ideen jenseits traditioneller Rollenzuweisungen entwickeln und ausprobieren können. Dies gilt auch für selbstbestimmte Lebensformen: Lesbenpolitik gehört untrennbar zur Frauenpolitik der niedersächsischen SPD.

2. Kultur und Medien

Worauf wir stolz sind:

Mehr Geld für die Kultur
(Jährliche Ausgaben des Landes in Millionen DM)



Kultur ist Lebensqualität. Lebensqualität ist für alle da. Die niedersächsische SPD hat mit dem elitären Kulturverständnis aufgeräumt: Wir fördern Rockmusik und Opernhäuser, Mädchenprojekte und Friedensliteratur, große Museen und kleine Jugendkunstschulen, Heimatvereine und türkische Kulturzentren. Und wir fördern vor allem kulturelle Initiativen: Kultur läßt sich nicht von oben verordnen. Staatli-

che Kulturpolitik soll die Kreativität freisetzen, die überall in unserem Land vorhanden ist.

■ Eine neue Struktur für die Kulturförderung

Für diese Ziele muß Niedersachsen seine Kulturförderung neu strukturieren – zumal mit der innerdeutschen Grenze auch die kulturelle Zonenrandförderung weggefallen ist. Wir werden dafür sorgen, daß sich die überregional wirkenden Museen, Theater und Bibliotheken weiterentwickeln können und auch der Denkmalschutz seine Bedeutung behält.

Auf der anderen Seite wird das Land weiterhin Starthilfen bei ungewöhnlichen kulturellen Initiativen geben. Wir werden Künstler und Künstlerinnen, Film und Kinos, kulturelle Dachverbände und soziokulturelle Zentren fördern. Und wir werden unser gutes Verhältnis zur Wirtschaft weiter nutzen, um mit privatem Engagement neue kulturelle Höhepunkte in Niedersachsen zu setzen.

■ Kultur schafft Arbeit

Wer an der Kultur spart, macht unser Land nicht nur geistig ärmer: Das Kulturangebot spielt eine zunehmende Rolle bei Standortentscheidungen der Wirtschaft und bestimmt maßgeblich die Attraktivität für den Fremdenverkehr. Nach den Programmen „Wege in die Romanik" und „Museumslandschaft Harz" werden wir gemeinsam mit den Kommunen weitere attraktive Kulturkonzepte entwickeln, die den kulturellen und historischen Reichtum Niedersachsens zur Geltung bringen.

Solche Programme schaffen Identität. Wir wollen die Besonderheiten der vielen Regionen unseres Landes stärken und zugleich der Landeshauptstadt Hannover, die das Bild Niedersachsens außerhalb unserer Grenzen maßgeblich bestimmt, eine besondere Ausstrahlung verleihen.

Auf diese Weise wollen wir auch neue Arbeitsplätze im Kulturbereich schaffen und mithelfen, aus befristeten nach Möglichkeit Dauerarbeitsplätze zu machen.

■ Kunst und Kultur sind für alle da

Die niedersächsische SPD hat endlich auch die Jugend in die Kulturförderung des Landes einbezogen: Erstmals wurden Jugendkunstschulen gefördert, erstmals gab es Geld für die Rockmusik, erstmals nennenswerte Beträge für soziokulturelle Zentren, die von Jugendlichen besonders stark besucht werden. Gegen die Reizüberflutung durch die Massenmedien setzen wir die Entwicklung eigener Kreativität – schon im Kindesalter.

Wir werden die musisch-kulturelle Bildung in den Schulen sichern und die Arbeit von Musikschulen, Jugendkunstschulen und Schülertheatern sowie von Initiativen zur Frauenkulturarbeit weiter fördern. Wir werden die ehrenamtlichen Kräfte in der Laienkulturarbeit besser qualifizieren und die musisch-kulturellen Angebote der Erwachsenenbildung ausbauen. Wir tun dies besonders für die Bedürfnisse der älteren und der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen.

■ Kultur lebt vom multikulturellen Austausch

Kunst kennt keine Grenzen. Kultur lebt vom Austausch, nicht von Abkapselung. Die Ausländer und Ausländerinnen in unserem Land bedeuten eine große Chance für die Kultur. Die niedersächsische SPD will diese Chance nutzen, indem wir die Integration der Fremden fördern, ohne ihre kulturelle Identität zu zerstören. Wir setzen dabei insbesondere auf die soziokulturellen Zentren, deren Förderung wir seit 1990 verzwanzigfacht haben.

■ Pressefreiheit und Bildschirmgewalt

Die niedersächsische SPD findet sich mit dem Zustand unserer Medien – insbesondere der elektronischen – nicht ab. Sie spiegeln in ihrer heutigen Erscheinung nicht die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung wider. Aber sie prägen diese Bedürfnisse. Hier muß sich Politik einmischen, ohne die Freiheit der Medien zu verletzen.

Wir werden niemals in die Medien hineinregieren. Presse- und Meinungsfreiheit bleiben für uns unantastbar. Wir haben den Einfluß der Parteien (und damit auch unseren eigenen) auf den Rundfunk zurückgedrängt und die innere Rundfunkfreiheit gestärkt. Wir wollen aber jede Einflußmöglichkeit nutzen, um die Kommerzialisierung, Verflachung und Brutalisierung des Fernsehens zu stoppen. Statt sich den Privaten anzupassen, müssen die öffentlich-rechtlichen Programme besser werden und die Privaten auf diese Weise einem positiven Konkurrenzdruck unterwerfen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Darstellung von Gewalt durch gesetzlichen Jugendschutz und neue Programmgrundsätze für das öffentlich-rechtliche wie für das private Fernsehen nachhaltig reduziert wird.

Ein wesentlicher Schutz vor negativen Medieneinflüssen liegt in konsequenter Medienerziehung, die bereits im Vorschulalter beginnen und, fächerübergreifend, in allen Schulformen fortgesetzt werden soll. Wir wollen dabei keine Bewahrpädagogik, sondern die Befähigung zur kritischen, selbstkritischen und auch aktiven Nutzung der Medien.

Wir vertrauen bei all dem auf die Qualität unserer Journalistinnen und Journalisten: Wir wollen ihre Mitwirkungsrechte in allen Medien vergrößern. Wir werden das Niedersächsische Landespressegesetz novellieren, um einen gesetzlichen Rahmen für Redaktionsstatute bei allen Zeitungen und Zeitschriften zu schaffen.

Worauf wir stolz sind:

Durch einen neuen NDR-Staatsvertrag und im Landesrundfunkgesetz haben wir

- die innere Rundfunkfreiheit gesichert,
- die Staatsferne des Rundfunks gesichert.

Wir haben

- den Einfluß der Parteien auf den Rundfunk zurückgedrängt
- und dafür neue gesellschaftliche Gruppen wie Frauen- und Umweltverbände in den Rundfunkrat geholt.

3. Kinder und Jugendliche

Kinder brauchen Zuwendung. Kinder brauchen Sicherheit. Kinder brauchen Zeit. Politik kann ihnen das nicht geben. Aber sie kann Rahmenbedingungen schaffen für eine kinder- und jugendgerechte Umwelt, die besseres zu bieten hat als Horrorvideos. Was wir für Kinder und Jugendliche tun, ist die Meßlatte für die Menschlichkeit unserer Politik. Jeder Junge, der sich seine Geborgenheit in rechtsradikalen Männerbünden sucht, ist unser Versagen.

■ Kinder brauchen ihre eigene Welt

Kinder brauchen keine „harte Hand". Sie brauchen Freiraum in unserer Gemeinschaft, Lebensraum auch in den Städten – und Schutz vor Gewalt. Diese Bedürfnisse der Kinder finden ihren Ausdruck überall in der Politik der niedersächsischen SPD: Wir schränken den Individualverkehr in Wohngebieten ein, wir berücksichtigen die Belange von Kindern bei der Planung von Gebäuden, Radwegen und öffentlichem Nahverkehr. Wir passen die Schulen den Bedürfnissen der Kinder an und fördern gezielt Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche. Wir werden den Kinderschutz stärken, weitere Kinderschutzhäuser einrichten und die Interessenvertretung für Kinder durch Anhörungsrechte, eigene Vertretungsgremien oder Kinderbeauftragte verbessern.

■ Ein Kindergartenplatz für jedes Kind

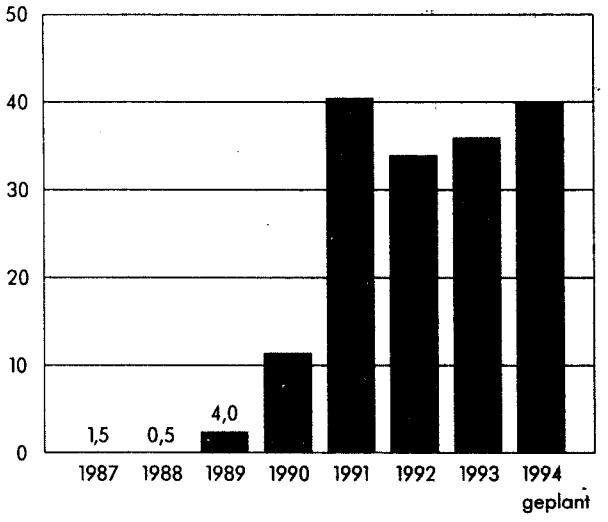
Kinder brauchen die Gemeinschaft von Kindern. Je kleiner die Familien werden, je anonymer die Nachbarschaftsbeziehungen, um so wichtiger werden Kindergärten. 1990 noch hatte Niedersachsen die wenigsten Kindertagesstätten aller Bundesländer. 1993 wurden bereits 37.000 Kinder mehr in Kindergärten betreut – in drei Jahren eine Steigerung um 26 Prozent. Die Arbeit der Kindertagesstätten wurde erstmals gesetzlich gesichert.

Während der Bund die Kommunen bei der Verwirklichung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz alleine läßt, werden wir in den nächsten Jahren noch einmal eine ähnlich große Zahl neuer Kindertagesstättenplätze finanziell unterstützen: Die niedersächsische SPD will den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind auch praktisch verwirklichen.

Danach werden wir die Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen in Angriff nehmen. Die Integration behinderter Kinder werden wir unabhängig von allen Sparzwängen weiter voranbringen.

Worauf wir stolz sind:

Landesmittel für den Bau von Kindergärten
(in Millionen DM pro Jahr)



■ Jugendarbeit heißt Anleitung zur Selbständigkeit

Neben der Schule haben Jugendverbände, Jugendeinrichtungen und kommunale Jugendpflege den entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung von Selbständigkeit, Solidarität und Toleranz und damit auf die Abwehr von Rechtsradikalismus und Gewalt. Gefragt sind Freiräume und Freizeitangebote, nicht Bevormundung.

Wir haben in der Landesregierung durch zusätzliche Regionalreferenten, eine erhebliche Verstärkung der Mädchenarbeit, eine bessere Finanzierung der Jugendbildungsstätten und stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten Arbeit und Einfluß der Jugendverbände deutlich verbessert.

Die Arbeit der Verbände behält für uns Vorrang vor staatlichen Angeboten. Sie bietet die Chance zum ehrenamtlichen Engagement und zu unabhängiger Arbeit, die flexibel auf neue Anforderungen reagieren kann. Wir werden die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit verbessern. Wir wollen die Bildungsarbeit der politischen Jugendverbände durch Landesförderung sicherstellen.

■ Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die niedersächsische Landesregierung hat die Werkstätten für Jugendliche ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz ausgebaut und langfristig finanziell abgesichert. Die sozialpädagogische Betreuung straffällig gewordener Jugendlicher haben wir auf ganz Niedersachsen ausgeweitet.

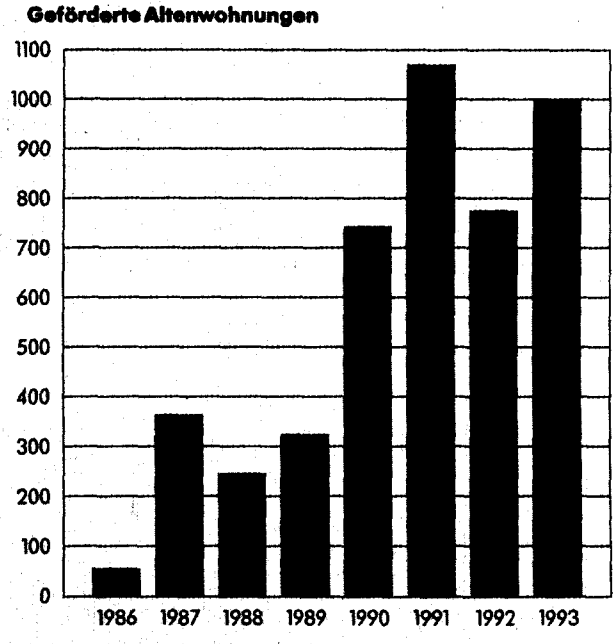
Wir wollen das Angebot an Jugendwerkstätten im ganzen Land ausbauen. Derzeit allerdings gefährdet die Streichung von Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahmen durch den Bund sogar bestehende Einrichtungen massiv. Wir werden uns diesem Abbau widersetzen. Die für einen flächendeckenden Ausbau erforderlichen Landesmittel haben wir bereitgestellt. Die Modellversuche von Jugendwerkstätten mit betreutem Wohnen und ambulanter Betreuung wollen wir weiterentwikkeln und neue anregen.

Wir wollen dafür sorgen, daß Jugendliche, die in den Einflußbereich rechtsextremer Gruppierungen geraten sind, nicht isoliert und abgeschrieben werden. Durch geförderte Projekte wollen wir in Zusammenarbeit mit in der Jugendarbeit erfahrenen Einrichtungen auch Kontakt zu diesen Jugendlichen halten und sie, soweit das möglich ist, wieder in die Gesellschaft integrieren.

4. Leben im Alter

Worauf wir stolz sind:



Am Umgang mit ihren Alten erweist sich die Solidarität einer Gesellschaft: Die Generationen unserer Eltern und Großeltern haben dieses Land aus Trümmern wieder aufgebaut. Sie haben den Reichtum geschaffen, von dem wir heute profitieren. Jetzt sind wir an der Reihe. Dafür zu sorgen, daß sie ein Leben in Sicherheit und Würde führen können, das ist das mindeste, was wir ihnen schulden: Wer Hilfe für sie nur als Kostenfaktor versteht, handelt unmenschlich.

Das ist der erste Grundsatz, an dem die niedersächsische SPD ihre Politik für ältere Menschen orientiert. Der zweite heißt: Die Alten gehören zu uns. Wir wollen sie unter uns haben, nicht ausgrenzen. Deshalb machen wir keine isolierte „Altenpolitik", sondern beziehen die älteren und alten Menschen in allen Bereichen in die Politik ein. Wir wollen, daß sie mitten unter uns ihr eigenes Leben führen können.

■ Neue Chancen mit dem Ruhestand

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, hat ein Recht darauf, seine Träume zu verwirklichen. Ob mit einem Studium, mit Reisen oder Kultur, ob durch ein Hobby oder Vereinsarbeit: Wir wollen älteren Menschen den Zugang zu diesen Aktivitäten erleichtern. Wir werden für mehr altengerechte Angebote sorgen, ohne isolierte „Altenkreise" zu schaf-

fen. Wir wollen ihnen Gelegenheiten zu Geselligkeit und Selbstbestätigung schaffen, damit sie auch im hohen Alter beweglich bleiben können – geistig wie körperlich.

Wir wollen die Bedingungen des Seniorenstudiums verbessern. Wir wollen älteren Menschen mehr Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten an allen kulturellen Einrichtungen und Angeboten des Landes einräumen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Bildungseinrichtungen und Sportvereine ihre Angebote stärker auf ältere Menschen einstellen.

Gegen die Isolation älterer Menschen gibt es kein besseres Mittel, als die Chance zu nutzen, von ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und ihrer Energie zu profitieren. Wir werden die Bedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit weiter verbessern und Gerichte, Parteien, Gemeinden, Verbände und Vereine anhalten, viel stärker die Mitarbeit älterer Menschen zu suchen. Wir werden weitere Projekte anregen, die dem Prinzip der Aktion „Wirtschaftssenioren helfen Existenzgründern" folgen.

■ Nur Lust am Leben gibt Lebensmut

Am wirksamsten hilft den Älteren, wer ihre Selbständigkeit stärkt: Die wenigsten Alten gehören zum „alten Eisen". Selbst von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern über achtzig ist nur ein Drittel pflegebedürftig. Die anderen haben ihr Leben selbst in der Hand. Mit unserer Hilfe werden sie es auch weiter in der Hand behalten können.

Wir werden den Bau von altengerechten Wohnungen weiter auf dem in den letzten Jahren erreichten hohen Niveau fördern. Wir werden dafür sorgen, daß sie in Wohnanlagen mit Wohnungen für junge Familien gemischt werden. Wir wollen dazu beitragen, neue Wohnformen wie etwa Altenwohngemeinschaften zu entwickeln. Durch Modellprojekte für gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt wollen wir die Gemeinsamkeiten und gegenseitige Hilfe stärken. Das betreute Wohnen werden wir weiterhin in allen Formen fördern – einzeln oder gemeinschaftlich, mit Betreuungsangeboten vom Grundservice bis zur Pflegehilfe bei Schwerstpflegebedürftigkeit.

Die Angebote der ambulanten Betreuung und die sozialen Dienste wollen wir weiter ausbauen und so verteilen, daß ältere Menschen sie selbständig erreichen können. Die Mitwirkung und Beteiligung an diesen Institutionen, die Interessenvertretung der Heimbewohnerinnen und -bewohner sowie die Altenselbsthilfe wollen wir stärken. In den Wohngebieten unterstützen wir alle Initiativen, mit denen sich ältere Menschen in die Gestaltung und Verkehrsplanung einmischen. Auch hier haben sie gemeinsame Bedürfnisse mit jungen Familien und Kindern, die in gemeinsame Aktivitäten münden können.

■ Dem Alter die Sorgen nehmen

Die niedersächsische SPD findet sich nicht damit ab, daß immer noch ältere Menschen – vor allem Frauen – nach einem Leben voller Arbeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir setzen uns weiter dafür ein, daß zu niedrige Renten auf einen Grundbetrag aufgestockt werden, der ein menschenwürdiges Leben erlaubt. Wir setzen uns für die Pflegeversicherung ein, damit niemand am Existenzminimum leben muß, nur weil er pflegebedürftig geworden ist.

Wir wissen, daß materielle Sorgen und Isolation häufig die Ursachen von Alterskrankheiten sind. Wir wollen auch hilfsbedürftigen Menschen die Sorgen bei der Bewältigung des Alltags nehmen. Wir wollen die Kapazitäten bei den hauswirtschaftlichen Hilfen ebenso ausbauen wie die ambulanten gesundheits- und sozialpflegerischen Dienste. Dem steigenden Bedarf an sozialer Beratung und an aktivierender und rehabilitierender Pflege wollen wir Rechnung tragen.

In der Tages- und Kurzzeitpflege wollen wir das Angebot erweitern. Die Pflegeheime wollen wir in „Altenwohnhäuser" umgestalten, die den Anforderungen einer aktivierenden und ganzheitlichen Pflege genügen und durch kleinere, überschaubare Wohneinheiten die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner verbessern.

5. Ohne Fremde sind wir allein

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten in Deutschland hat während der Asyldebatte und durch die Ausschreitungen gegen Asylbewerber einen herben Rückschlag erlitten. Die Vorstöße der SPD zur Verbesserung des Ausländerrechtes, zur erleichterten Einbürgerung und zur Einführung des Kommunalwahlrechts sind an der konservativen Mehrheit auf Bundesebene gescheitert. Die niedersächsische SPD wird diese Ziele niemals aufgeben.

Wir wissen: Deutschland kann ohne Zuwanderung aus dem Ausland nicht auskommen. Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit gefährden nicht nur die Menschlichkeit unserer Gesellschaft. Sie gefährden die Grundlagen der Bundesrepublik.

■ Rechtssicherheit für Ausländerinnen und Ausländer

Die niedersächsische SPD will keine Menschen minderen Rechtes in Deutschland. Wir wollen die Rechte von Ausländerinnen und Ausländern auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt verbessern. Wir wollen gleiche Bildungschancen und ein im Grundgesetz verankertes Kommunalwahlrecht für alle, die dauerhaft in Deutschland leben.

Wir wollen diesen Menschen die Einbürgerung erleichtern. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, daß Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland nach zehn Jahren, ihre hier geborenen Kinder nach fünf Jahren und Kinder der dritten Generation mit der Geburt einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wer will, soll daneben auch seine alte Staatsbürgerschaft beibehalten können.

Wir setzen uns dafür ein, daß die Benachteiligung von Ausländern im Rahmen eines allgemeinen Anti-Diskriminierungsgesetzes verboten und unter Strafe gestellt wird.

■ Zusammen leben und zusammen lernen

Unabhängig von der Bundesgesetzgebung werden wir in der Landesregierung die Gleichstellung im Alltag vorantreiben. Wir werden die Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern an kommunalpolitischen Entscheidungen in der niedersächsischen Gemeindeordnung festschreiben. Wir werden Bildungsbarrieren abbauen und das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft zum Thema der schulischen Erziehung machen. Mädchen aus fremden Kulturkreisen brauchen unsere besondere Unterstützung in Schule, Ausbildung und ihrem sozialen Umfeld, damit sie sich in ihrem Leben zwischen den Kulturen zurechtfinden. Durch praktische Beispiele wollen wir Wege öffnen, die Isolation ausländischer Frauen im Alltag zu durchbrechen.

6. Sport und Gesellschaft

Sport macht Spaß. Sport fördert die Persönlichkeitsentwicklung. Sport fördert Toleranz und Verständigung. Sport fördert die Gesundheit. All dies sind Aspekte des Sportes, die wir in der Landesregierung gestärkt haben und – in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den unabhängigen Sportverbänden – weiter stärken werden. Wo Sport zum Show-Business und zum Beruf wird, kann er für sich selber sorgen.

Wir haben die finanzielle Förderung aus dem Sportwettengesetz verbessert und erhebliche zusätzliche Landesmittel für Investitionen zur Verfügung gestellt. Wir wollen in den nächsten Jahren trotz knapper Mittel gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, daß die Sporteinrichtungen und der Zugang zum Sport für alle gesichert bleiben.

Wir werden mithelfen, daß der Sport sich noch mehr als bisher der Integration von Behinderten, älteren Menschen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern annimmt.

■ Sport in Niedersachsen

Wir werden in den nächsten Jahren die Verwirklichung des Programms „Freizeitsportland Niedersachsen" einleiten. Wir werden dem Sport in der Vorschulerziehung, Schule und Hochschule seinen angemessenen Platz sichern und die Sportwissenschaft stärker auf diese Ziele ausrichten. Die Olympiastützpunkte und Leistungszentren in Niedersachsen werden wir weiter unterstützen.

Sport ist ein natürliches Lebensinteresse. Sport, der der Umwelt oder der Natur schadet, ist ein Widerspruch in sich. Wo solche Konflikte auftreten, werden wir im Dialog mit den Sportverbänden und -veranstaltern umweltverträgliche Lösungen entwickeln.

Vor allem der Gesundheits- und Breitensport lebt vom ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer. Ihr Einsatz ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die sozial- und gesundheitspolitisch wichtige Arbeit vieler Sportvereine. Unser Beitrag zur Würdigung dieses letztlich unbezahlbaren Engagements wird – in Zusammenarbeit mit den Kommunen – darin bestehen, die materiellen Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit zu sichern und nach Kräften zu fördern.

III.

Arbeit und Umwelt: unsere Lebensgrundlagen

Menschen brauchen Arbeit. Menschen brauchen die Natur. Wirtschaft und Umwelt sind die Grundlagen, ohne die wir nicht leben können. Sie lassen sich nicht voneinander trennen. Wer Umweltschutz und Arbeitsplätze gegeneinander ausspielt, verspielt die Zukunft. Die Zukunft der Umwelt und der Wirtschaft.

Im Prinzip wissen wir seit langem, daß ökologisch sinnvolle Lösungen auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind: Würde man die Kosten des Straßenbaus, der Waldschäden, der Atomforschung oder der Grundwasserverseuchung den Verursachern aufbürden, so wären Schienenverkehr, regenerative Energien und extensive Landwirtschaft längst ohne Alternative. Wir haben damit begonnen, die Verursacher für die Kosten heranzuziehen.

Der entscheidende Erfolg der niedersächsischen SPD aber liegt darin, daß sie in der Regierungsarbeit der letzten vier Jahre bewiesen hat, daß der ökologische Umbau der Industriegesellschaft auch praktisch funktioniert: Bei der Europipe, bei der Teststrecke in Papenburg und beim Amerikahafen Cuxhaven profitiert die Umwelt von ökonomisch sinnvollen Vorhaben.

Die Wirtschaftspolitik der niedersächsischen SPD baut auf dem Wissen auf, daß im Wettbewerb der Zukunft nur Betriebe bestehen werden, die verantwortungsvoll mit der Umwelt umgehen. Indem wir den Umweltschutz zum Bestandteil unserer Wirtschafts- und Tourismusförderung, unserer Landwirtschafts- und Verkehrspolitik machen, leisten wir die bestmögliche Vorsorge für die Sicherheit der Arbeitsplätze unserer Kinder. Die SPD versteht die Umweltpolitik als eine Querschnittsaufgabe. Umweltpolitik muß stärker mit den anderen Politikbereichen verzahnt werden.

Eine solche Politik funktioniert nicht von selbst. Zu groß sind noch die Verlockungen für die Wirtschaft, um eines kurzfristigen Gewinns willen die eigene Zukunft aufs Spiel zu setzen. Eine solche Politik muß gemacht werden, mit dem Willen zur Veränderung und mühsamer Überzeugungsarbeit. Daß sich aber mit solchem Einsatz selbst unerschütterlich geglaubte Positionen der Wirtschaft verändern lassen, hat Gerhard Schröder mit seinen Gesprächen zum Energiekonsens bewiesen, mit denen er erstmals eine realistische Perspektive für den Ausstieg aus der Atomenergie eröffnet hat.

Zu solcher Politik gibt es keine Alternative: Die Umwelt läßt sich nicht reparieren wie ein kaputtes Auto. Das verseuchte Grundwasser in Südoldenburg, der saure Boden im Harz, die mißbrauchte Nordsee werden Jahrhunderte brauchen, um wieder aufzuleben. Es gibt nur eine Umweltpolitik, die diesen Namen verdient: Diejenige, die Gefahren beseitigt, bevor neue Schäden an der Umwelt entstehen. Ohne Ausnahmegenehmigung.

1. Ökologische Modernisierung der Wirtschaft

Die niedersächsische SPD will den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Wir lenken die Kreativität und Innovationskraft der Wirtschaft mit allen Mitteln auf dieses Ziel: Mit Subventionen wie mit Abgaben, mit Modellprojekten wie mit gesetzlichen Auflagen, mit staatlichen Programmen und Aufträgen, mit Dienstleistungen und vor allem mit Gesprächen. Wir verlangen viel von den Unternehmen. Aber wir haben auch viel anzubieten: Sicherheit für Planungen und Investitionen.

■ Von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft

Ziel des ökologischen Umbaus ist die Reduzierung vom Umweltbelastungen jeder Art. Wir wollen die Produktionsprozesse so umstrukturieren, daß sie Rohstoffe und Energie einsparen und Emissionen, Abfälle und Reststoffe so weit wie irgend möglich vermeiden. Wir wollen darauf hinwirken, die Produkte so umzugestalten, daß ihre Bestandteile in einem technischen und biologischen Kreislauf immer wieder genutzt werden können.

Verbraucherschutz und -beratung genießen bei uns eine sehr hohe Aufmerksamkeit. Wir setzen uns für erhöhte Verbraucherstandards ein, weil sie auch zu wirtschaftlichen Innovationen führen und damit die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft sicherstellen. Wir werden unsere Verbraucherschutzpolitik fortsetzen, vor allem, weil sie den einkommensschwachen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen hilft.

Wir haben in den letzten vier Jahren begonnen, die Wirtschaftsförderung des Landes auf umweltschonende Produktionsverfahren und umweltverträgliche Produkte zu konzentrieren. Wir werden diese Entwicklung noch verstärken, indem wir die Umweltverträglichkeit zu einem maßgeblichen Kriterium für die Vergabe aller öffentlichen Aufträge machen. Wir werden in diese Bemühungen weiterhin alle Betroffenen einschalten und den Dialog zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden intensivieren.

■ Der Ökologiefonds hilft Wirtschaft und Umwelt

Als erfolgreichstes Instrument unserer ökologischen Wirtschaftspolitik hat sich der Ökologiefonds erwiesen, in dem die niedersächsische SPD unmittelbar nach Regierungsantritt einen wesentlichen Teil der Wirtschaftsfördermittel des Landes konzentriert hat. Der Ökologiefonds unterstützt die rationelle Verwendung und Einsparung von Energie in den Betrieben, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Aufstellung regionaler und kommunaler Energiekonzepte. Er fördert Investitionen mit besonderer Umweltbedeutung und die Entwicklung und Erprobung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren.

Wir werden den Ökologiefonds in den nächsten vier Jahren aufstocken und den Förderkreis erweitern. Wir werden auch die Technologie- und Mittelstandsförderung und alle weiteren Wirtschaftsfördermaßnahmen des Landes ökologischen Vergabekriterien unterwerfen. Wir wollen vorrangig Unternehmen fördern, die – z.B. durch Umweltcontrolling – ein umweltorientiertes Management betreiben.

■ Neue Energiepolitik in Niedersachsen

Mit einer neuen Energiepolitik hat Niedersachsen in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle für die gesamte Bundesrepublik übernommen. Während anderswo der Streit um die Atomenergie jegliche zukunftsweisende Investition verhindert, hat die Landesregierung gemeinsam mit den Stromversorgern „alternative" Projekte gestartet, die bundes-

weit Beachtung finden, und bemüht sich zugleich, mit den Umweltverbänden einen Konsens für die Genehmigung neuer Großkraftwerke zu entwickeln.

In Niedersachsen wird wieder Energiepolitik gemacht: Wir haben ein Landesenergieprogramm vorgelegt, daß eine sichere Energieversorgung ohne Atomstrom schon zur Mitte des nächsten Jahrzehnts möglich macht. Auf dieser Basis werden wir weiter vorrangig alle Maßnahmen zum Energiesparen, zum rationellen Energieeinsatz durch Kraft-Wärme-Kopplung und zur Nutzung regenerativer Energien fördern. Die Windenergie wollen wir bis zum Jahre 2005 auf eine Leistung von mindestens 1000 Megawatt ausbauen. Wir werden Forschungen und Entwicklungen zur Nutzung von Biomasse als Energiequelle vorantreiben.

Diese Maßnahmen werden allerdings nicht ausreichen, um den hohen Atomstromanteil in Niedersachsen zu ersetzen. Wir werden deshalb auch konventionelle Großkraftwerke genehmigen. Durch eine geeignete Wahl der Standorte und der Blockgrößen sind eine maximale Wärmeauskopplung und damit hohe Wirkungsgrade sowie minimale Emissionen zu sichern.

■ Der Ausstieg aus der Atomenergie kommt voran

Gerhard Schröders Initiative zum Energiekonsens hat wieder Bewegung in scheinbar hoffnungslos festgefahrene Fronten gebracht: Zum ersten Mal ist der Ausstieg aus der Atomenergie zur realistischen Perspektive geworden; Niedersachsen hat dabei die Meinungsführerschaft übernommen. Leider war die Zeit für einen Konsens zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen und den unterschiedlichen politischen Interessen noch nicht reif.

Die niedersächsische SPD verfolgt den schnellen Ausstieg weiter ohne Abstriche. Abgebrannte Brennelemente sind ohne Brennstoffaufschluß direkt in ein Endlager zu verbringen. Eine Pilotkonditionierungsanlage ist damit für die direkte Endlagerung nicht erforderlich. Wir setzen uns für den Stop der Wiederaufbereitung im Ausland ein. Endlagerkonzepte werden wir jedoch erst dann politisch mittragen, wenn der Ausstieg eingeleitet und die größtmögliche Sicherheit der Endlagerstätte anhand vorher festgelegter Kriterien nachgewiesen ist. Am Standort Gorleben besteht diese Sicherheit nicht; ein Endlager lehnen wir ab. Die Schächte sind zu verfüllen. Wir werden weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um ein Bundesendlager im Schacht Konrad zu verhindern. Die Einlagerung von Atommüll in Morsleben lehnen wir ebenso ab wie die Erbringung des Entsorgungsnachweises durch Zwischenlager.

Atommülltransporte sind möglichst zu vermeiden, Zwischenlagerung sollte an den Kraftwerksstandorten stattfinden. Bereits entstandene strukturelle Nachteile für die betroffenen Regionen sind auszugleichen.

■ Abfallpolitik heißt: Vermeiden, vermindern, verwerten

Die beste Lösung für das Abfallproblem ist es, das Problem gar nicht erst entstehen zu lassen. Ziel der niedersächsischen SPD ist eine Kreislaufwirtschaft. Wir wissen, daß sie kurzfristig nicht zu erreichen ist. Aber wir werden alle aktuellen Schritte an diesem Ziel ausrichten, Schadstoffe nicht entstehen zu lassen und Rohstoffe immer wieder zu nutzen. Grundlage dazu ist das neue Abfallgesetz.

Beim Hausmüll hat sich unsere Konzeption, der Vermeidung und dem Recycling den Vorrang einzuräumen, auf Bundesebene grundsätzlich durchgesetzt. Die Ausgestaltung über die TA Siedlungsabfall und die Verpackungsverordnung ist jedoch unbefriedigend. Wir werden deshalb in Niedersachsen weitergehen und alternative Vorbehandlungsmöglichkeiten erproben, um die vom Bund in der TA Siedlungsabfall vorgeschriebene Verbrennung der Reststoffe soweit wie möglich zu vermeiden. Die Kreise und Kommunen werden wir bei ihren Entsorgungsaufgaben beraten und unterstützen. Die Erfassung

und Verwertung von Bioabfall soll bis 1998 flächendekend verwirklicht werden.

Beim Sondermüll werden wir die Verständigung umsetzen, die die Landesregierung auf dem „Sondermüllgipfel" mit der niedersächsischen Wirtschaft erzielt hat. Wir werden die Sondermüllmenge bis 1997 in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Umweltverbänden um eine Million Tonnen reduzieren. Die unvermeidbaren Restmengen werden wir in Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern nach dem neuesten Stand der Technik behandeln und deponieren.

Beim Klärschlamm streben wir eine Senkung des Schadstoffgehaltes an der Quelle an, so daß er auch weiterhin auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden kann.

■ Natur schafft Arbeitsplätze: Sanften Tourismus ausbauen

Der Fremdenverkehr gehört zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen Niedersachsens: Er sichert einen großen Anteil vor allem von Frauenarbeitsplätzen in ländlichen Regionen und bringt Kaufkraft in Milliardenhöhe in unser Land. Wir werden den Tourismus dieser Bedeutung entsprechend weiter stärken. Wir werden insbesondere weitere Kultur- und Städtetourismusangebote für Kurz- und Wochenendurlauber anregen. Für den naturnahen Tourismus wollen wir neue Vermarktungs- und Vertriebsstrategien fördern. Die Werbung für Urlaub in Niedersachsen werden wir zum Bestandteil der erfolgreich begonnenen überregionalen Imagekampagne machen.

Die hohe Umweltqualität unseres Landes ist ein wesentlicher Faktor seiner Attraktivität für den Fremdenverkehr. Wir werden diesen Reichtum schützen: Umweltverträglicher Tourismus und sichere Arbeitsplätze im Fremdenverkehr gehören zusammen. Die niedersächsische SPD tritt dafür ein, daß mit Landesmitteln nur „sanfter" Tourismus gefördert wird.

■ EXPO 2000: Chance für die Umwelt, Chance für Niedersachsen

Die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover unter dem Motto „Mensch - Natur - Technik" soll zu einer Demonstration des ökologischen Umbaus unseres Landes werden. Als populäre kulturell geprägte Massenveranstaltung bietet sie die Chance, das Umweltbewußtsein weltweit zu stärken. Als wissenschaftlich qualifizierte Veranstaltung kann sie konkrete Auswege aus der globalen Krise zeigen und eine internationale Zusammenarbeit zur Rettung unserer Lebensgrundlagen auf den Weg bringen.

Eine solche Weltausstellung muß vor allem selbst umweltverträglich sein. Die niedersächsische SPD tritt dafür ein, im Rahmen der EXPO 2000 Teilausstellungen, Demonstrationsprojekte und wegweisende Problemlösungen in ganz Niedersachsen zu präsentieren.

2. Vorausschauende Strukturpolitik

Die niedersächsische Wirtschaft ist im Umbruch. Neue Fertigungsstrukturen, veränderte Zulieferbeziehungen, neue Formen der Arbeitsorganisation entstehen. Zukunftsträchtige Branchen beginnen zu wachsen, Qualifikationsanforderungen steigen. Auf der anderen Seite ist das industrielle Profil Niedersachsens noch überdurchschnittlich von den Bereichen Fahrzeugbau, Maschinenbau, Stahlerzeugung und Werften geprägt. Zur Förderung des Strukturwandels ist weiterhin eine Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene notwendig. Es darf nicht günstiger bleiben, Gewinne auszuschütten als sie im Unternehmen oder in neuen Unternehmen anzulegen.

Auf dem Weg zum modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort mit sicheren Arbeitsplätzen braucht Niedersachsen eine umfassende industriepolitische Strategie. Sie darf nicht überkommene Strukturen auf Dauer subventionieren, sondern muß Innovationen und Produktionsumstellungen fördern. Sie muß die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft stärken und in Bonn und Brüssel zusätzliche Fördermittel für den Strukturwandel einwerben. Sie muß alle Akteure einbeziehen und die unterschiedlichen Aktionsfelder im Dialog mit den Unternehmen und Gewerkschaften aufeinander abstimmen.

■ Technologietransfer hilft Wirtschaft und Wissenschaft

Der Industriestandort Niedersachsen steht und fällt mit seiner Innovationsfähigkeit. Forschung und Entwicklung, die rasche Umsetzung neuen technischen Wissens in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sind zu entscheidenden Faktoren für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft geworden. Von der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien hängt zugleich die Fähigkeit zur Bewältigung der ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ab. Der ökologische Umbau der Wirtschaft, ein sparsamer Ressourceneinsatz, umweltgerechte Produkte und Verfahren sind auf Forschung und Technik und damit auf eine aktive Technologiepolitik angewiesen.

Die niedersächsische SPD wird in der Landesregierung deshalb die Forschungs- und Technologiepolitik zu einem zentralen Feld ihrer Wirtschaftspolitik ausbauen. Wir werden die Weichen für eine gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsoffensive von Industrie und öffentlicher Hand stellen und die Leistungsfähigkeit der anwendungsorientierten Forschungs- und Technologieinfrastruktur Niedersachsens stärken. Wir wollen die industrielle Verbundforschung anregen, um das Innovationspotential der Unternehmen auszubauen und den Umsetzungsprozeß wissenschaftlicher Ergebnisse in die industrielle Anwendung zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir werden den Austausch von Wissen, Technologie und Personal zwischen Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft intensivieren. Hierzu werden wir die Konzeption der Niedersächsischen Agentur für Technologietransfer und Innovation (NATI) weiterentwikkeln und die Arbeit der Fachkoordinierungsstellen intensivieren. Wir werden die mittelständischen Unternehmen bei der Entwicklung und Einführung neuer Technologien fördern.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Technologiepolitik ist die Herstellung eines Grundkonsenses über die Ziele und die Ausgestaltung der technologiepolitischen Maßnahmen. Wir werden deshalb die Schwerpunkte und Ziele der Forschungs- und Technologiepolitik, aber auch konkrete Maßnahmen mit den relevanten gesellschaftlichen Kräften abstimmen und vorbereiten. Gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften wollen wir beispielgebende Projekte festlegen und fördern. Einen besonderen Stellenwert sollen dabei Demonstrationsprojekte eines umweltverträglichen Gesamtverkehrssystems, zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Produkten und Produktionsverfahren, zur ökologischen Kreislaufwirtschaft sowie zur Schaffung humaner Arbeitsplätze einnehmen. Wir werden zugleich Aktivitäten zur Technikbewertung und Technikfolgeabschätzung mit den Förderaktivitäten des Landes verzahnen, um Kriterien der ökologischen Verantwortung und der Demokratieverträglichkeit frühzeitig in den Prozeß der Entwicklung und Nutzung neuer Technologien einzubringen.

Meeresforschung und -technologie müssen in Niedersachsen wie in ganz Norddeutschland intensiviert werden. Durch Bündelung der entsprechenden Aktivitäten wollen wir die Leistungsfähigkeit der meerestechnischen Industrie verbessern.

■ Selbstverantwortung der Regionen stärken

In einem Europa der Regionen wird Niedersachsens Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich von der Stärke seiner Regionen abhängen. Wir werden die Strukturpolitik des Landes weiter regionalisieren, die Selbstverantwortung der Regionen stärken und ihnen weitere Kompetenzen übertragen.

Als Grundlage sollen die Regionen eigene Entwicklungskonzepte für ihre Flächen- und Qualifizierungspolitik, für eine abgestimmte Verkehrsplanung und den Ausbau der Infrastruktur sowie die Ansiedlung entwickeln. Das Land wird diese Arbeit unterstützen. Die Zusammenarbeit vor Ort wollen wir verstärkt fördern. Projekte, die einen Konsens in der Region finden und den Zielvorgaben des Landes entsprechen, werden wir vorrangig unterstützen.

■ Qualifizierung als Strukturpolitik

Der Qualifizierung der Beschäftigten kommt eine immer stärkere Bedeutung zu. Auf die Veränderungen in Produkten und Dienstleistungen muß mit gezielten Qualifizierungsangeboten sachgerecht und schnell reagiert werden. Rahmenqualifikationen, Kooperationsfähigkeit und ganzheitliche Bildung sollen neben fachlicher Qualifikation insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung „Neuer Technologien und Organisationen" stärker Eingang in Umschulungs- und Fortbildungsaktivitäten finden. Aus- und Weiterbildung ist aktive Strukturpolitik und setzt vorbeugend an. Die nachfragegerechte Einrichtung des Bildungsspektrums, die Koordinierung von Bildungsangeboten und die größtmögliche Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt muß in Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Land und Bildungsträgern in den Regionen entwickelt werden. Gerade die Regionen, die durch traditionelle Industrien geprägt sind, können sich durch überzeugende Qualifizierungsstrategien Entwicklungschancen erschließen. Wir wollen diese regionalen Qualifizierungskonzepte unterstützen.

■ Neue Betriebe für eine gesunde Wirtschaftsstruktur

Worauf wir stolz sind:

Seit 1990 haben sich rund 100 Unternehmen für einen neuen Betrieb in Niedersachsen entschieden. Die größten mit jeweils 100 – 500 Arbeitsplätzen sind:
Allibert-Benecke, Peine (Kfz-Teile)
Cargill Salzgitter, Salzgitter (Rapsmühle und Mälzerei)
Engelhard Technologies, Nienburg (Katalysatoren)
Ericsson-Fuba Telekom, Hildesheim (Telekommunikation)
Glamox-Enerba, Hildesheim (Leuchten)
JAKO JadeKost, Wilhelmshaven (Feinkost)
Jungheinrich, Lüneburg (Gabelstapler)
Krings Fruchtsaft KG, Uelzen
Magna International Stanztechnik, Salzgitter (Kfz-Teile)
MB Video, Peine (Europäisches Video-Entwicklungszentrum)
Mercedes-Benz, Papenburg (Teststrecke)
Peiner Kunststoffwerk Weinsheim, Peine (Kfz-Teile)
Power Packaging GmbH, Fallingsbostel (Logistik)
Rockwell Golde GmbH, Gifhorn (Kfz-Zulieferer)
Röchling Getriebe KG, Meppen (Getriebe)
SICAN, Hannover (Mikroelektronik-Forschung)
SIV-Werk, Braunschweig (Auto-Glasscheiben)
Sun-chemical, Osterode (Druckfarben)
Telefonschrott-Wiederaufbereitungsanlage, Harlingerode
Torde-Möbel GmbH, Wilhelmshaven (Möbel).
Dazu kommen zwölf Betriebe in neuen Technologie Centrum Nordwest (Wilhelmshaven) mit derzeit 1.200 Arbeitsplätzen.

Die Öffnung Osteuropas und der EG-Binnenmarkt haben Niedersachsen in die Mitte Europas gerückt. Auf dieser neuen Zentralität bauen wir unsere aktive Ansiedlungspolitik auf. Sie soll neue, umwelt- und sozialverträgliche Entwicklungslinien fördern, um vorhandene Strukturen zukunftsträchtig zu ergänzen und in den strukturschwachen Gebieten eine gesunde Basis zu schaffen. Sie soll das vorhandene Dienstleistungspotential von Messen, Börsen, Banken und Versicherungen um unternehmensorientierte Dienstleistungen ergänzen. Internationale Firmen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft in den die wirtschaftliche Zukunft bestimmenden Feldern sollen angesiedelt und integriert werden, um den notwendigen Internationalisierungs- und Innovationsprozeß der niedersächsischen Wirtschaft zu unterstützen und zu beschleunigen.

Diese Ansiedlungspolitik wird gestützt durch die Imagekampagne, die diese Ziele und die Qualitäten unseres Landes überregional ins Bewußtsein standortsuchender Unternehmer rückt. Sie erfolgt effektiv und unbürokratisch durch die neue Investment Promotion Agency, in der wir die gesamte Ansiedlungsförderung des Landes gebündelt haben. Und sie erfolgt flächenschonend: Wir wollen das Recycling von Gewerbebrachen fördern.

■ Den Mittelstand stärken

Das starke mittelständische Potential unseres Landes wollen wir weiter stärken, insbesondere auch durch Bestandspflege. Wir setzen dabei auf den Dialog mit der Wirtschaft und den gesellschaftlichen Gruppen. Wir werden die wirtschaftsnahe Forschungs- und Technologieinfrastruktur auf den Bedarf kleiner und mittlerer Betriebe ausrichten. Durch einen verbesserten Technologietransfer wollen wir den mittelständischen Unternehmen den Einstieg und die Weiterentwicklung in zukunftsträchtige neue Technologien erleichtern. Ziel muß es sein, einen Wettbewerbsvorsprung zu erlangen, bzw. zu sichern. Die Exportkompetenz mittelständischer Unternehmen werden wir durch Managementausbildung fördern; jungen Betrieben helfen wir durch Markteinführungshilfen für neue Produkte auf die Beine. Die Förderung von Existenzgründungen werden wir künftig noch stärker auf Frauen konzentrieren, die sich selbständig machen wollen. Sie erhalten schon heute die günstigsten Darlehenskonditionen.

3. Verkehrspolitik für Menschen und Umwelt

Der motorisierte Individualverkehr funktioniert nicht mehr: Er erstickt an sich selbst, er erstickt unsere Wälder und unsere Wohngebiete. Wir wissen: Selbst ein massiver Straßenausbau könnte diesen Kollaps nur hinauszögern. Wir wissen aber auch: Die automobilfreie Gesellschaft ist eine Illusion. Vor allem in ländlichen Gebiete wird der Pkw ein wesentlicher Träger des Individualverkehrs bleiben.

Daran orientiert sich die Verkehrspolitik der niedersächsischen SPD: Wir wollen so viel Verkehr wie möglich auf umweltschonende Verkehrssysteme verlagern, und wir wollen die Mobilität der Menschen in unserem Land erhalten. Wir wollen aber auch die Arbeitsplätze in der niedersächsischen Fahrzeugindustrie sichern. Das erfordert regional differenzierte Verkehrskonzepte und eine differenzierte Verkehrspolitik:

Wir wollen die Verkehrssicherheit stärken: Durch Unfallforschung, durch die Verlagerung von Verkehrsströmen und durch sicherere Konzepte und Fahrzeuge.

Wir setzen uns dafür ein, soviel Güterverkehr wie möglich – und vor allem den europäischen Transitverkehr – auf die Schiene zu verlagern. Wir haben in den letzten Jahren Gelder vom Straßenbau auf den öffentlichen Nahverkehr umgeschichtet und werden dies weiter tun, damit Busse und Bahnen eine echte Alternative zum Pkw werden.

Straßen bauen wir da, wo sie Unfallschwerpunkte oder Wohngebiete entlasten. Wir fördern den Radwegebau und Maßnahmen der Verkehrsvermeidung. Wir werden die Entwicklung umweltschonender Pkws, neuer Antriebsarten und neuer Verkehrssysteme und die entsprechenden Produktionsumstellungen in niedersächsischen Betrieben unterstützen. Dadurch werden wir Arbeitsplätze in der niedersächsischen Automobilindustrie erhalten.

Die entscheidenden Weichenstellungen für eine solche Verkehrspolitik erfolgen allerdings in Bonn. Wir werden uns im Bundesrat für die richtigen Entscheidungen stark machen.

■ Vorrang für Busse und Bahnen

Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr insgesamt verbessern. Wir werden seinen Ausbau weiter finanziell fördern, um die Innenstädte vom Individualverkehr zu entlasten. Wir wollen die Angebote der verschiedenen Verkehrsträger besser aufeinander abstimmen und für bequeme Umsteigemöglichkeiten sorgen. Dazu werden wir weitere Modellprojekte und die Bildung regionaler Verkehrsverbünde fördern. Wir werden den Städten und Gemeinden neue Finanzierungsformen eröffnen, um den Betrieb und den Ausbau des ÖPNV auch in Zukunft zu sichern. Für den Anschluß an den Individualverkehr werden wir ein Netz von Park+Ride- und Bike+Ride-Anlagen schaffen, die in ihrer Gestaltung die besonderen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen berücksichtigen.

Dabei werden wir um jede einzelne Bundesbahnstrecke kämpfen und den Bestand der niedersächsischen Privatbahnen sichern. Und wir sorgen dafür, daß das Land mit gutem Beispiel vorangeht: Für die 40.000 Landesbediensteten in Hannover haben wir ein „Job-Ticket" zum halben Preis eingeführt.

■ Güterverkehr auf Straße, Schiene und Wasser verbinden

Wer den Güterverkehr auf die Schiene verlagern will, muß das Transportangebot der Bahn konkurrenzfähig machen. Eine zukunftsorientierte Logistik muß Straßen-, Schienen- und Schiffsverkehrs effizient miteinander kombinieren und an den Schnittpunkten Güterverkehrszentren bereitstellen. Wir werden die Einrichtung solcher Zentren finanziell unterstützen.

■ Moderne Standorte brauchen moderne Häfen

Niedersachsens Seehäfen sind attraktive Standorte für neue Industriebetriebe. Wir haben deshalb begonnen, sie von Massenhäfen zu modernen Mehrzweckhäfen und Logistikzentren umzustrukturieren, und werden ihre Wettbewerbsfähigkeit durch weitere Investitionen stärken. Wir werden diese Pläne mit den Hansestädten Bremen und Hamburg abstimmen, um statt eines Ausbauwettlaufs eine Arbeitsteilung der deutschen Nordseehäfen zu erreichen. Der Küstenschiffahrt messen wir große Bedeutung bei.

Zur Anbindung der neuen Bundesländer an die Nordseehäfen ist der Elbeseitenkanal die günstigste Lösung. Ein Ausbau der Mittelelbe ist überflüssig. Damit kann in diesem Bereich ein Nationalpark geschaffen werden.

4. Natur- und Umweltschutz

Die niedersächsische SPD hat den Umweltschutz zur Grundlage aller Entscheidungen der Landespolitik und vor allem der Wirtschaftspolitik gemacht: Ökologie ist kein Zusatz, sondern ein übergreifendes Ziel unserer Arbeit. Eine vorausschauende Umweltpolitik muß vorhandene Schäden beseitigen und dafür sorgen, daß neue Schäden gar nicht erst entstehen. Wir stellen uns der Pflicht, unseren Kindern ein natürliches, sauberes und lebenswertes Niedersachsen zu übergeben.

Worauf wir stolz sind:

Die Umweltverwaltung ist endlich voll arbeitsfähig. Wir haben ein Landesamt für Ökologie aufgebaut und
- **60 neue Stellen für den Naturschutz,**
- **94 neue Stellen für die Gewerbeaufsicht,**
- **109 neue Stellen bei den Wasser- und Abfallbehörden**

geschaffen. Mit
- **dem Abfallgesetz,**
- **dem Wasserentnahmeentgelt,**
- **der Indirekteinleiterverordnung,**
- **der Sondermüllabgabe,**
- **dem Stopp der Seeverbrennung,**
- **der Erfassung der Rüstungsaltlasten**

haben wir die Weichen für eine umfassende Umweltvorsorge gestellt.

■ Naturschutzgebiete so groß wie das Saarland

Die Natur braucht Schutz. Schutz vor unseren eigenen Eingriffen. Die Natur braucht Raum, um zu leben. Die niedersächsische SPD tritt dafür ein, langfristig zehn Prozent der Landesfläche dem Schutz der Natur zu widmen – 1990 waren es weniger als zwei. Bis 1998 wollen wir fünf Prozent des Landes – eine Fläche so groß wie das Saarland – als schutzwürdige Kernbereiche unter Naturschutz stellen.

Wir wollen den Nationalpark Wattenmeer vergrößern, den Nationalpark Harz etablieren und im Elbetal ein länderübergreifendes Biosphärenreservat mit einem Nationalpark ausweisen. Im Wattenmeer werden wir – nachdem wir die Herzmuschelfischerei bereits beendet haben – den Miesmuschelfang auf Kutterfischerei mit umweltverträglichen Fangmethoden begrenzen. In den Naturschutzgebieten und Nationalparks wollen wir weitere Einrichtungen schaffen, die der Umweltbildung und dem Dialog von Behörden, Verbänden und Bevölkerung dienen.

Bei alldem vernachlässigen wir nicht den kleinräumigen Biotopschutz: Wir haben begonnen, Flüsse und Bäche wieder in ihren ursprünglichen Zustand zurückzubauen. Für die Moorschutz- und Feuchtgrünlandschutzprogramme werden wir höhere Standards setzen. Den Flächenschutz ergänzt unser Programm zur Extensivierung und Stillegung von Akerflächen. Wir sorgen dafür, daß an den Wegrainen wieder Wildblumen und Kräuter wachsen und Insekten leben können.

■ Güteklasse II für alle Flüsse, Bäche und Seen

Wasser ist Leben. Wir wollen, daß unsere Kinder wieder in den Flüssen und Bächen baden können. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, daß Niedersachsen als erstes Bundesland für alle Gewässer in seinem Zuständigkeitsbereich wieder mindestens die Güteklasse II (mäßig belastet) erreicht.

Dazu wollen wir die Nährstoffe im Abwasser durch eine dritte Reinigungsstufe in den Klärwerken weiter reduzieren. Undichte Kanalisationen wollen wir in einem langfristigen Programm erneuern. Die Einleitung gefährliche Stoffe aus Gewerbe und Industrie in die Kanalisation wollen wir ganz stoppen.

Der Schutz unserer Flüsse und Bäche hilft auch der Nordsee. Wir werden in allen nationalen und internationalen Konferenzen darauf drängen, daß sämtliche Anrainerstaaten ihre Maßnahmen zur Reinhaltung der Küstengewässer verschärfen.

Wir sind dabei, Wasserschutzgebiete überall dort auszuweisen, wo Trinkwasser gewonnen wird, und werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, unser Grundwasser zu schützen. Wir setzen uns für eine Aufzeichnungspflicht und die Reduzierung des Einsatzes von Düngern und Pflanzenschutzmitteln und für eine ökologische Ausrichtung der Feldberegnung ein.

■ Saubere Luft und ruhige Straßen

Die Reduzierung der CO^2-Emissionen ist zur Überlebensfrage für die Menschheit geworden: Der Treibhauseffekt bedroht das Klima der ganzen Welt. Schadstoffe wie Stickoxide, Kohlenmonoxid, chlorierte Kohlenwasserstoffe, Benzol und viele andere Stoffe beeinträchtigen in hohem Maße die Gesundheit der Menschen, insbesondere in den Städten. Die niedersächsische SPD unterstützt Maßnahmen, die den Einsatz fossiler Brenn- und Treibstoffe reduzieren und den Wirkungsgrad technischer Anlagen erhöhen sowie deren Schadstoffemission minimieren. Zur Überwachung der Luftqualität haben wir das Emissionsfernüberwachungssystem flächendeckend ausgebaut und damit einen Standard für alle anderen Bundesländer gesetzt.

Wir werden alle Initiativen unterstützen, die das Transitland Niedersachsen vom Straßendurchgangsverkehr entlasten und alternative Verkehrstechniken fördern.

Lärm ist erst in den letzten Jahren als Umweltbelastung ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Dabei geht es vor allem um Verkehrslärm, der sich durch Verkehrsverlagerung, -verminderung und -vermeidung sowie durch Lärmsanierung von Bundesbahnstrecken und Landstraßen reduzieren läßt. Wir werden die Erstellung von Lärmkatastern vorantreiben, um den Verkehrslärm gezielt und wirkungsvoll vermindern zu können. Die Lärmbelastung der Bevölkerung durch Tiefflüge halten wir für unerträglich und unvertretbar. Wir setzen uns für einen Stopp von Tiefflügen über bewohnten Gebieten und für eine Reduzierung aller militärischen Übungen ein. Wir werden uns im übrigen weiterhin für die endgültige Schließung des NATO-Bombenabwurf- und Schießplatzes Nordhorn-Range einsetzen.

■ Sanierung von Altlasten

Wir werden die Erfassung und Bewertung aller Altlasten in Niedersachsen fortsetzen und ihre Sanierung – wo der Verursacher nicht mehr feststellbar ist – nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes schrittweise angehen. Dabei hat die Sicherung und Sanierung der Deponie Münchehagen Priorität. Für die Beseitigung der Rüstungsaltlasten werden wir den Bund finanziell in die Pflicht nehmen.

5. Gesunde Nahrung von gesunden Höfen

Gesunde Lebensmittel aus naturnaher Landwirtschaft statt immer neuer Überschußproduktion – das ist das Ziel der Landwirtschaftspolitik der niedersächsischen SPD. Die EG-Agrarreform blockiert diese Politik doppelt: Sie behindert umweltverträgliches Wirtschaften und gefährdet die überwiegende Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe.

Wir werden weiter bei der Bundesregierung und der EG auf eine vernünftige Agrarpolitik hinwirken: Wir wollen Marktentlastungen und damit mehr Markt durch eine EG-weite verbindliche Extensivierung ermöglichen. Wir wollen EG-weit weniger Produktion, um Raum für eine aktive Preispolitik zu gewinnen, die – durch Marktordnungen abgestützt – die ökonomischen und ökologischen Leistungen der Landwirte honoriert.

■ Statt Agrarfabriken: Zurück zum bäuerlichen Betrieb

Die niedersächsische SPD lehnt die Entwicklung von Bauernhöfen zu Agrarfabriken ab. Sie ist gegen die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft und die damit verbundene Zunahme von Massentierhaltung, Düngemittelverbrauch und Pestizideinsatz. Wir werden weiterhin die moderne, bäuerlich geprägte Landwirtschaft fördern und alle Fördermittel auf Betriebe konzentrieren, die von Einzelpersonen oder Personengesellschaften getragen werden. Erfolgreich kann

der Kampf gegen die Agrarfabriken aber erst sein, wenn das Bewertungsgesetz auf Bundesebene entsprechend neu gefaßt wird.

Wir werden die bäuerlichen Betriebe durch Umstellungs- und Investitionshilfen unterstützen, wir werden Vermarktungseinrichtungen fördern und uns für eine eigenständige soziale Sicherung der Bäuerinnen einsetzen. Wir werden dadurch nicht verhindern können, daß im Gefolge der Agrarreform weitere landwirtschaftliche Betriebe aufgeben müssen. Aber wir werden alles daransetzen, daß dieser Prozeß mehr als bisher sozial verträglich gestaltet wird.

■ Marktchancen für Qualitätsprodukte verbessern

Wir wollen die Marktstellung der Landwirtschaft stärken. Wir wollen unabhängige Erzeugergemeinschaften und starke Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Vermarktung, die dem massiven Preisdruck der Großabnehmer begegnen können. Die Bildung solcher Zusammenschlüsse werden wir weiterhin mit Investitions- und Startbeihilfen unterstützen.

Mit dem gleichen Ziel fördern wir die kontrollierte Qualitätsproduktion und den Schutz von Gütesiegeln für landwirtschaftliche Produkte. Wir werden auch die Direktvermarktung fördern, um die Landwirtschaft unmittelbar vom wachsenden Qualitätsbewußtsein der Verbraucher profitieren zu lassen.

■ Lebensmittelkontrolle für Verbraucher und Erzeuger

Niedersachsens Lebensmittelüberwachung ist schon heute bundesweit vorbildlich. Wir wollen ihre Effektivität und Kontrolldichte im gemeinsamen Interesse von Landwirten und Verbrauchern noch weiter erhöhen: Im grenzkontrollfreien EG-Binnenmarkt dient sie dem Schutz der hochwertigen heimischen Nahrungsmittelproduktion und der Sicherung einer gesunden Ernährungsversorgung.

■ Landwirtschaft und Natur versöhnen

Die niedersächsische SPD besteht darauf, daß Landwirtschaft nicht nur Nahrungsmittel zu produzieren, sondern auch die Natur zu schützen und zu pflegen hat. Wir unterstützen alle, die den Erhalt einer vielfältigen und artenreichen Landschaft wieder zu ihrer Aufgabe gemacht haben.

Wir werden deshalb den ökologischen Landbau weiter fördern. Wir werden die Ackerrandstreifen- und Grünlandschutzprogramme fortsetzen und wollen landwirtschaftliche Betriebe stärker in die Pflege und Entwicklung von Landschafts- und Naturschutzgebieten einbinden. Die Dorfentwicklung fördern wir auch in Zukunft.

Im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe werden wir weiter Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern und die Markteinführung umweltverträglich erzeugter Produkte unterstützen.

■ Gesunde Wälder sichern Arbeitsplätze

Die Ökologie unserer Wälder ist aus dem Gleichgewicht geraten. Forstpolitik muß in dieser Zeit die sinnvolle Verwertung des nachwachsenden Rohstoffes Holz ebenso im Auge haben wie die Schadensbekämpfung, die ökologische Umgestaltung und die naturnahe Erneuerung der Wälder.

Wir wollen jährlich 2.000 Hektar Staatswald ökologisch umgestalten und mit dem „Walderneuerungsprogramm Harz" den am stärksten geschädigten Wäldern unseres Landes helfen. Private Waldbesitzer wollen wir bei der ökologischen Bewirtschaftung und bei der Aufforstung beraten und finanziell unterstützen. Auf dem Holzmarkt werden wir die Marktstellung des Landes mit seinem großen Forstbesitz nutzen, um zu stabilen Preisen zu kommen und die Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft sichern zu helfen.

■ Tiere schützen, Tierversuche vermeiden

Die Landwirtschaftspolitik der niedersächsischen SPD fördert die artgerechte und flächengebundene Tierhaltung. Wir haben gleich nach der Regierungsübernahme tierquälerische Methoden wie das Zähnekneifen bei Ferkeln und den Einsatz lebender Enten zur Jagdhundeausbildung verboten und uns der Klage gegen die brutale Hennenhaltungsverordnung angeschlossen. Dennoch brauchen wir für die Haltung und vor allem für den Transport von Tieren eine bessere gesetzliche Regelung.

Wir wollen den Tierschutz insgesamt verbessern und werden deshalb den Dialog zwischen staatlichen Tierschützern, Tierschutzverbänden und der kritischen Öffentlichkeit weiter fördern. Die Tierversuche werden wir auf das unabweisbar nötige Mindestmaß reduzieren; eine wissenschaftliche und ethische Überprüfung der derzeitigen Praxis haben wir eingeleitet.

Soziale Grundrechte: Die Grundlagen der Demokratie

Die Grundsätze des Sozialstaates sind in Deutschland ins Wanken geraten. Unsere Gesellschaft steht auf der Kippe: Egoismus verdrängt Gemeinsinn, Raffgier verdrängt Solidarität. Konservative Politik fördert diesen Trend: Sie vergrößert die Spanne zwischen Arm und Reich, sie läßt Existenzangst zu, statt soziale Sicherheit zu garantieren. So zerstört man das Vertrauen in die Demokratie.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Niedersachsen haben eine andere Tradition. Ihre Geschichte ist geprägt von Gemeinsinn und Mitmenschlichkeit. Hilfe für die Schwachen und Bekämpfung von Armut war für sie selbstverständlich, schon lange bevor das Wort Sozialpolitik erfunden wurde. Die Bekämpfung der Armut zielt nicht nur auf die Hilfe für einzelne, sondern es geht auch um die Stärkung der Demokratie. Die Geschichte unserer Partei ist die Geschichte des Kampfes für soziale Grundrechte. Für uns gilt auch in schlechten Zeiten, daß

- jeder Mensch das Recht auf eine Wohnung, ausreichend groß und zu einem bezahlbaren Preis,
- jeder Mensch das Recht, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen,
- jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Würde – auch die Armen, auch
- die Kranken und die Behinderten und vor allem die alten Menschen,
- jeder Mensch das Recht auf Hilfe, wenn er Hilfe braucht haben muß. Niemand muß um Almosen bitten!

Die niedersächsische SPD hat in ihrer Regierungsarbeit der letzten vier Jahre die Mittel im sozialen Bereich gewaltig erhöht: für den Wohnungsbau, für Langzeitarbeitslose, im Pflegebereich und für eine selbständige Vertretung der Behinderten. Daran lassen wir keine Abstriche zu. Wir werden die Landesförderung so ausgestalten, daß zwingend notwendige Initiativen nicht am Fehlen von Komplementärmitteln scheitern werden. Daß die Möglichkeit, diese Mittel weiter zu erhöhen, begrenzt ist, bedeutet kein Ende der Sozialpolitik:

Wir gleichen fehlendes Geld durch Ideen und Kreativität aus, wie wir das schon erfolgreich im Wohnungsbau getan haben. Und wir verhelfen der Solidarität in der Gesellschaft wieder zur Geltung: Unsere Sozialpolitik fördert die Selbsthilfe, die Nachbarschafts- und Familienhilfe, die ehrenamtliche Tätigkeit und die Arbeit von Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Diese Elemente einer solidarischen Gesellschaft sind durch Geld nicht zu ersetzen. Wer Sozialpolitik nur als Kostenfaktor versteht, handelt unmenschlich.

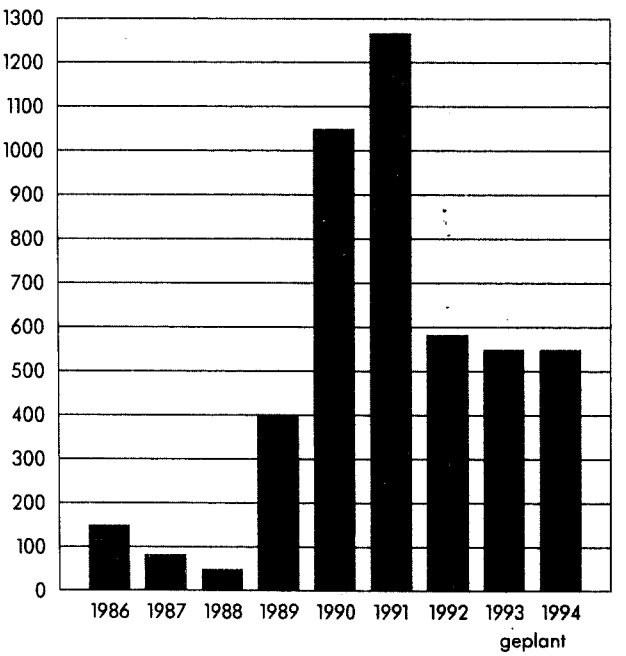
Aber: Sozialpolitik ist auch ein Kostenfaktor. Und zwar ein wesentlicher. Auch hier folgt die niedersächsische SPD dem Prinzip der sozialen Demokratie: Wer viel hat, soll auch viel geben. Das gilt auch für die Finanzierung der Deutschen Einheit. Wir sind bereit zum Verzicht, wo Mittel im Osten sinn- und wirkungsvoller eingesetzt werden können. Aber wir lassen nicht zu, daß der Aufbau im Osten auf Kosten derer finanziert wird, die nichts mehr abzugeben haben.

Demokratie setzt die gleiche Rechte für alle voraus. Sie kann nur funktionieren, wenn der soziale Frieden gesichert ist und alle Menschen gleiche Chancen haben. Wir haben in der letzten Zeit erlebt, wie soziale Verunsicherung und Existenzangst zu Aggressivität gegen Minderheiten, zu menschenfeindlichen Ideologien und Gewalt führen: Demokratie muß in ihrem ureigenen Interesse sozial sein.

1. Zentrale Aufgabe Wohnungsbau

Worauf wir stolz sind:

Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau
(in Millionen DM)



In Niedersachsen herrscht Wohnungsnot – obwohl die Landesregierung in vier Jahren mehr als 60.000 neue Wohnungen gefördert hat. Es war das umfangreichste Wohnungsbauprogramm der letzten Jahrzehnte und reichte dennoch nicht aus, um die Versäumnisse von CDU und FDP auf Bundes- und Landesebene und den Zuwachs von 100.000 neuen Einwohnern pro Jahr auszugleichen.

■ Jede halbe Stunde eine neue Sozialwohnung

An der Bekämpfung der Wohnungsnot müssen sich alle staatlichen Ebenen gleichgewichtig beteiligen. Die niedersächsische SPD wird die Wohnungsbauförderung mit unverminderter Intensität fortsetzen. Trotz des Zurückgehens der Bundesförderung wollen wir auch in der nächsten Legislaturperiode wieder mindestens 60.000 Wohnungen fördern. Wir werden dazu die Baustandards überprüfen und die Förderbedingungen neu strukturieren. Wir wollen in erster Linie Wohnungen für Menschen mit wenig Geld und junge Familien fördern und uns dabei auf Gebiete mit hoher Wohnungsnot konzentrieren. Besonders wollen wir den Bau von alten- und behindertengerechten Wohnungen sowie ökologisches Bauen anregen. In Modellprojekten sollen gemeinsame Wohnanlagen für Alleinerziehende und alte Menschen erprobt werden.

■ Mehr Kreativität in der Wohnungspolitik

Die Behebung der Wohnungsnot ist nicht allein eine Geldfrage. Mit den Ideen und der Kreativität der niedersächsischen SPD hat die Landesregierung schon in den letzten Jahren fehlende Fördermittel ausgeglichen: Wir haben den Mieterschutz verbessert, den Mietanstieg

für ehemalige Sozialwohnungen begrenzt, die Zweckentfremdungsverordnung ausgedehnt und für Sozialwohnungen eine Fehlbelegungsabgabe eingeführt.

In den nächsten Jahren müssen die steigenden Baukosten abgebremst werden. Dabei wollen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen kosten- und flächensparende Bauformen besonders unterstützen. Wir werden Investoren unterstützen und begleiten, die Baustandards anderer europäischer Staaten in Niedersachsen erproben und umsetzen wollen. Die Fördermittel wollen wir noch wirksamer einsetzen, indem wir die Förderung individueller auf die konkreten Bauvorhaben zuschneiden.

■ Die Finanzierung verbessern

Der Wohnungsbau wurde in den letzten Jahren durch extrem schwankende und viel zu niedrige Zuschüsse des Bundes erschwert. Wir streben eine kontinuierliche Finanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden zu je einem Drittel an.

Den frei finanzierten Wohnungsbau, der eigentlich zwei Drittel des Neubauvolumens ausmachen soll, wollen wir über Bundesratsinitiativen für eine wirksamere und sozial gerechtere Eigentumsförderung des Bundes und eine stärkere Besteuerung nicht genutzten Baulandes attraktiver machen. Verbesserungen im Bereich der Steuergesetze und des Bodenrechts sollen den Wohnungsbau attraktiver machen. Es muß darum gehen, neben den bewährten Trägern des sozialen Wohnungsbaus, den ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, auch die traditionellen Anleger wie Versicherungen, Banken und Arbeitgeber, für den Wohnungsbau zurückzugewinnen.

■ Lebenswerte Stadtzentren und lebendige Dörfer

Die niedersächsische SPD will die Stadtzentren und zentrumsnahen Quartiere als Wohngebiete mit vielfältigen Sozialstrukturen erhalten. Dazu müssen wir die Vernichtung preiswerten Wohnraums verhindern. Bei der notwendigen Aufwertung solcher Gebiete sind wir von der Bundesregierung abhängig, die ihren Anteil an der Stadtsanierung vollständig gestrichen hat: Das Land Niedersachsen ist nicht in der Lage, diese Mittel zu ersetzen. Gleichwohl ist die Stadtsanierung aus sozial- und regionalpolitischen Gründen in Niedersachsen weiterhin unverzichtbar. Wir werden die Städtebauförderung daher neu strukturieren und auch bei geringeren Finanzmitteln fortsetzen.

Die Dorfentwicklung werden wir weiter fördern, um die Attraktivität des ländlichen Raumes zu erhalten. Beim Denkmalschutz werden wir die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger verstärken und die Entscheidungsabläufe beschleunigen.

2. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Der soziale Friede als wesentliches Element unserer Demokratie und zugleich als wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor ist gefährdet, wenn zuwenig Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Für die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit haben wir in der Landesregierung zwei wesentliche Weichen gestellt: Der ökologische Umbau der Wirtschaft und die Offensive in der Bildungspolitik schaffen neue, zukunftsfähige und damit langfristig sichere Arbeitsplätze. Arbeitslosigkeit wird damit freilich nicht kurzfristig verschwinden.

Wir vertrauen nicht auf die Selbstregulierung des Arbeitsmarktes: Solange Menschen durch Arbeitslosigkeit ihres Einkommens, ihrer Lebensperspektive, ihrer sozialen Bezüge, ihres Selbstbewußtseins beraubt werden, muß Politik unmittelbar in den Arbeitsmarkt eingreifen. Die niedersächsische SPD wird ihre Arbeitsmarktpolitik auf die Langzeitarbeitslosen und gesundheitlich Eingeschränkten, auf Ungelernte und Frauen konzentrieren, von denen viele ohne staatliche Hilfen endgültig aus dem Arbeitsmarkt herauszufallen drohen.

■ Arbeit und Qualifizierung gegen Dauerarbeitslosigkeit

Mit dem bundesweit vorbildlichen Programm „Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen" hat die niedersächsische SPD in der Landesregierung 10.000 Menschen zu einem neuen Arbeitsplatz oder einer besseren Qualifikation verholfen. Wir werden dieses Programm langfristig absichern, in dem wir zur Finanzierung auch Mittel des Europäischen Sozialfonds und der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen.

Mit seinen „Sozialen Betrieben" hat Niedersachsen die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen erfolgreich mit der Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze verbunden. In mittlerweile 54 derartigen Betrieben haben 700 Langzeitarbeitslose – davon 150 Schwerbehinderte – eine neue Lebensperspektive gefunden. Wir werden auch dieses wegweisende Konzept weiter absichern. Die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt bleibt das Ziel aller Programme zur Beschäftigungsförderung, Beratung und Qualifizierung. Wir werden die Rückkehr von Frauen in die Erwerbstätigkeit weiter unterstützen, die Beschäftigung von Personen mit besonderen Problemen weiter fördern und die Hilfen durch Beschäftigungsinitiativen fortführen. Auch hier werden wir besonders die Selbsthilfe stärken.

■ Für eine verbesserte Arbeitsförderung

Die niedersächsische SPD tritt auf Bundesebene für eine grundlegende Reform des Arbeitsförderungsgesetzes ein, um die Arbeitsmarktpolitik eng mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik zu verzahnen. Die Bundesanstalt für Arbeit muß mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulungen weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben können – die Rückentwicklung der Arbeitsämter zu reinen Stempelbuden lehnen wir ab.

Zugleich soll das Reformgesetz die Möglichkeiten vorbeugender Arbeitsmarktpolitik absichern und verbessern und die Benachteiligung von Frauen beenden. Kindererziehungs- und Pflegezeiten sind als beitragspflichtige Beschäftigungszeiten anzuerkennen.

Für die Finanzierung dieser Aufgaben wollen wir über eine Arbeitsmarktabgabe auch die Selbständigen, Beamten und Politiker heranziehen, weil auch sie von einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik profitieren.

3. Sicherheit für Hilfsbedürftige

Die niedersächsische SPD kennt keine Menschen erster und zweiter Klasse: Wer Hilfe braucht, ob bei Krankheit oder im Alter, hat ein Recht auf diese Hilfe. Und er hat ein Recht, mitten unter uns und mit uns zu leben – solange es denn geht. Niemand soll in ein Heim oder Krankenhaus abgeschoben werden, nur weil es für andere bequemer ist.

Dies ist vor allem ein menschliches Prinzip, das ohne Selbsthilfe nicht funktionieren kann. Wir werden jede Selbsthilfe in diesem Bereich fördern. Zweite Voraussetzung ist ein dichtes Netz sozialer und gesundheitlicher Dienste, die – mit Förderung des Landes – vor allem von Wohlfahrtsverbänden und anderen demokratisch strukturierten, gemeinnützigen Trägern erbracht werden.

Wir werden Selbsthilfegruppen, die sich mit gesundheitlichen oder sozialen Fragen von Betroffenen oder deren Angehörigen befassen, wie bisher fördern. Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen auf Landes- oder kommunaler Ebene haben sich als problem- und fachübergreifende Einrichtungen bewährt. Sie erhalten weiter unsere Hilfe.

■ Für eine soziale Grundsicherung

Langzeitarbeitslose, Behinderte und Rentenempfänger sind häufig auf laufende Zahlungen der Sozialhilfe angewiesen. Die Versorgung

dieser Personengruppen widerspricht dem eigentlichen Sinn der Sozialhilfe. Sie soll vorübergehende Notlagen beheben. Für diese Personengruppen, und dafür wird sich die SPD-Landesregierung im Bundesrat einsetzen, ist eine soziale Grundsicherung einzurichten. Deren Finanzierung ist eine Bundesangelegenheit. Hierdurch würden Kommunen finanziell erheblich entlastet und den Betroffenen eine auch vom Verfahren her angemessenere Leistung zuteil.

■ Eine sichere Perspektive für die Pflege

Die niedersächsische SPD will stationäre Betreuung von Pflegebedürftigen so lange wie möglich vermeiden. Deshalb werden wir die ambulante Pflege ebenso ausbauen wie die Tagespflege und die Kurzzeitpflege mit rehabilitativen Angeboten. Das in den letzten vier Jahren verbesserte Netz von inzwischen 290 Sozialstationen wollen wir effektiver machen. Wir wollen die Abrechnung entbürokratisieren, regionale Arbeitsgemeinschaften von Sozialstationen anregen und ihre verschiedenen ambulanten Dienste vernetzen.

Zur Finanzierung der Pflege ist eine Pflegeversicherung unverzichtbar, die auch die medizinische Rehabilitation von älteren Menschen einschließen muß: Wir lassen es nicht zu, daß Menschen nach einem Leben voller Arbeit in Armut verfallen, nur weil sie Pflege brauchen. Mit den Steuergeldern, die das Land und die Kommunen durch diese Versicherung einsparen, werden wir Gebäude für die Altenpflege finanzieren.

Eine menschliche und qualifizierte Pflege braucht qualifizierte und engagierte Pflegekräfte: Um sie gewinnen und auch in Zukunft halten zu können, wollen wir die Pflegeberufe attraktiver machen. Die niedersächsische SPD wird sich in der Landesregierung für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Wir wollen eine vernünftige Personalausstattung, die neuen Anforderungen flexibel angepaßt wird. Wir wollen ganzheitliche Pflegestrukturen, frauen- und familiengerechte Arbeitszeiten, bessere Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen bis hin zur Hochschulqualifikation.

Für die Altenpflege wollen wir eine dreijährige schulgeldfreie Fachschulausbildung mit Praxisanteilen und einer Ausbildungsvergütung, die über die Pflegekosten finanziert wird. Läßt sich dieses Konzept nicht bundeseinheitlich durchsetzen, werden wir es auf Landesebene verwirklichen.

■ Selbständiges Leben für behinderte Menschen

Worauf wir stolz sind:

Die Landesregierung hat einen Behindertenbeauftragten bestellt. Auf seine Initiative wurden

- **für die Behindertenwerkstätten die Arbeitsentgelte zweimal heraufgesetzt, der Personalschlüssel verbessert und die Zahl der Wohnheimplätze erhöht,**
- **die Zahl der ambulant betreuten Wohnplätze verdoppelt,**
- **eine Fachkommission „Behinderte" eingerichtet und örtliche Behindertenbeiräte geschaffen,**
- **eine wirksame Regelung zur vermehrten Beschäftigung von Behinderten im Landesdienst beschlossen.**

Auch für Behinderte gilt: Sie sollen mitten unter uns und mit uns leben können – sofern sie dies wollen. Wir werden in der Landesregierung die Voraussetzungen dafür verbessern. Wir wollen Behinderte so früh wie möglich fördern. Wir wollen sie vom Kindergarten an in das soziale Leben integrieren und alle notwendigen Hilfen möglichst nah am Wohnort anbieten. Dabei geben wir der ambulanten Hilfe den Vorrang vor der stationären, ohne damit die Wahlfreiheit der Behinderten einzuschränken. Die Beratungsstellen werden wir ausbauen.

Wir wollen die Beschäftigung von Behinderten in normalen Arbeitsverhältnissen fördern und ihren Anteil innerhalb der Landesver-

waltung erhöhen. Deshalb drängen wir auf Bundesebene weiter auf eine drastische Erhöhung der Abgabe für Betriebe, die zu wenig Behinderte beschäftigen. Für Behinderte, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, werden wir weitere Werkstättenplätze fördern. Die Zahl der Wohnheimplätze insbesondere für Werkstättenbesucher soll dem Bedarf entsprechend erhöht werden.

Behinderte dürfen nicht zum bloßen Objekt von Hilfe werden. Wir wollen sie an allen Entscheidungen beteiligen und auch Beratungsstellen von Betroffenen für Betroffene ermöglichen. Auf Landesebene haben wir bereits einen Behindertenbeauftragten berufen; den Kreisen und kreisfreien Städten schlagen wir vor, Behindertenbeiräte einzurichten. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, die Freizeitangebote und -möglichkeiten für Behinderte zu verbessern.

4. Gesundheitspolitik

Eine Gesundheitspolitik, die nicht Vorsorge und Aufklärung in den Mittelpunkt stellt, hat diesen Namen nicht verdient. Die niedersächsische SPD hat in der Landesregierung den Wandel von der alten „Krankenhauspolitik" zur aktiven Gesundheitspolitik vollzogen. Für die Zukunft werden wir unser Gesundheitssystem dem wachsenden Anteil alter Menschen anzupassen haben.

■ Gesundheitspolitik ist Vorsorgepolitik

Gesundheit braucht Vorsorge. Gesundheit ist ohne eine gesunde Umwelt und gesunde Ernährung nicht erreichbar. Gesundheit braucht Wissen. Als Grundlage werden wir eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung – bis in die Betriebe – zur Pflicht machen und eine Bestandsaufnahme aller Forschungsaktivitäten in den Bereichen Gesundheitsförderung, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie betriebliche Gesundheitsförderung vornehmen.

Wir werden an den Hochschulen die Lehre und Forschung in den Gesundheitswissenschaften stärken und Weiterbildung zum Thema Gesundheitsförderung anbieten. Wir werden Einrichtungen fördern, die im Bereich der Gesundheitsförderung informieren und beraten und sozialepidemiologische Grundlagenarbeit betreiben. Wir wollen den gesetzlichen Rahmen der Gesundheitsvorsorge verbessern und die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit abhängig machen. Wir werden Modellprojekte fördern, die interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Gesundheitsvorsorge vor Ort einbeziehen.

Der staatliche Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben wurde von der Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt; wir werden ihn in den nächsten Jahren zum Schwerpunkt unserer Gesundheitsvorsorge machen.

■ Ein neues Bedarfskonzept für die Krankenhäuser

Das Gesundheitsstrukturgesetz hat die Auslastung unserer Krankenhäuser verändert. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Krankenhäusern und Krankenkassen ein neues Bedarfskonzept entwickeln, das nach Behandlungsbereichen aufgeschlüsselt ist. Wo es zu viele Betten gibt, werden wir diese reduzieren und dafür unterversorgte Bereiche wie Psychiatrie, Alterskrankheiten, Schädelhirnverletzungen und Kinderkardiologie erweitern und vorrangig fördern.

Wo Kapazitäten frei werden, wollen wir Möglichkeiten für ambulante Operationen und für eine verbesserte vor- und nachstationäre Behandlung schaffen.

■ Psychisch Kranke und seelisch Behinderte integrieren

Damit psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen in ihrer gewohnten Umgebung wohnen, arbeiten und medizinisch versorgt und

betreut werden können, setzen wir uns verstärkt für den Aufbau einer gemeindenahen Psychiatrie ein. Die Hilfsangebote sollen unter den verschiedenen Trägern vernetzt und abgestimmt werden. Hierzu zählen fachkompetente Kriseninterventionsdienste, Beratungs- und Betreuungsstellen, betreutes Wohnen, Tagesstätten und Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Wir werden in der Landesregierung hierfür Finanzierungsmodelle anregen und initiieren. Wir werden eine Zusatzausbildung für Fachkräfte anbieten und in den Krankenhäusern Akutabteilungen aufbauen, um sie stärker in die regionale psychiatrische Versorgung einzubeziehen.

Im Maßregelvollzug wollen wir schrittweise eine Angleichung an die Personalausstattung in der allgemeinen Psychiatrie erreichen.

■ Kranken- und Rentenversicherungen stärken

Die niedersächsische SPD lehnt anonyme zentralistische Einheitsversicherungen ab. Wir werden in der Landesregierung den Bestand und die Bildung leistungsfähiger Krankenkassen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Selbstverwaltungsorganen unterstützen. In der Rentenversicherung wollen wir die nicht mehr zeitgemäße Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten aufheben und dabei die regionalen Landesversicherungsanstalten erhalten. Unser Ziel ist die Verringerung der Beitragsunterschiede in den verschiedenen Teilen des Landes.

■ Gegen AIDS helfen nur Aufklärung und Vorbeugung

Die niedersächsische SPD wird in der Landesregierung die AIDS-Aufklärung weiter intensivieren. Wir werden die Förderung präventiver Maßnahmen verstärken, da nur so die Rate der Neuerkrankungen gesenkt werden kann. Die Beratungs-, Betreuungs- und Wohnangebote für Erkrankte wollen wir ausbauen. Der Bund muß sich wieder an der Finanzierung beteiligen.

5. Drogenpolitik

Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit. Dieses Wissen bestimmt die Drogenpolitik der niedersächsischen SPD – ob die Droge Alkohol, Tablette oder Heroin heißt: Krankheiten brauchen Vorbeugung und Behandlung.

Krankheiten lassen sich nur mit Hilfe, aber nicht mit Strafe heilen. Dabei bedeutet Hilfe nicht nur das Angebot von Beratung, Entgiftungsbetten und Therapieplätzen. Zur Hilfe gehört Straffreiheit für Drogenkonsumenten und der Einsatz der Gerichtshilfe in Ermittlungs- und Strafverfahren, um ihnen den Weg zu Beratungs- und Therapieangeboten zu öffnen. Zur Hilfe gehören auch die ärztliche Behandlung mit Methadon, z.B. bei Schwangeren und HIV-Infizierten. Methadon erlaubt den Abhängigen, ein normales Leben ohne Prostitution und Beschaffungskriminalität zu führen.

■ Hilfe statt Strafe

Die niedersächsische SPD hat die Drogenpolitik der Landesregierung auf diese Grundsätze umgestellt. Die finanziellen Aufwendungen hierfür wurden seit 1990 verdreifacht. Wir werden diesen Weg fortsetzen und jede weitere Möglichkeit nutzen, um den Teufelskreis der Drogensucht zu durchbrechen. Wir haben die Gesundheitserziehung an den Schulen verstärkt und wollen die Suchtberatung quantitativ und qualitativ weiterhin verbessern. Die Wartezeiten wollen wir durch eine Therapieplatzbörse und die regionale Vernetzung der Hilfsangebote verkürzen. Wir wollen weitere Kurz- und Langzeittherapieplätze, niedrigschwellige Angebote sowie weitere Entgiftungsplätze fördern und die Methadon-Vergabe erleichtern. Darüber hinaus sind Arbeits- und Integrationshilfen sowie Projekte des betreuten Wohnens zu för-

dern. Die medizinische Abgabe von Heroin wollen wir in begrenztem Umfang erproben, deshalb unterstützen wir die entsprechende Initiative des Bundesrates.

Sucht ist eine Krankheit, Drogenhandel aber ist ein brutales Verbrechen. Wir werden den Süchtigen weiterhin helfen und die gesamte Kraft der Strafverfolgungsbehörden im Drogenbereich auf den organisierten Drogenhandel konzentrieren.

6. Abbau der Diskriminierung lesbischer Frauen und schwuler Männer

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer das Recht haben, entsprechend ihrer sexuellen Identität zu leben und in der niemand wegen dieser benachteiligt oder bevorzugt wird. Immer noch werden Menschen wegen ihrer gleichgeschlechtlichen sexuellen Identität rechtlich und gesellschaftlich diskriminiert. Die niedersächsische SPD wird in der Landesregierung die Emanzipationsarbeit verstärkt unterstützen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen durch Landesgesetze oder Bundesratsinitiativen schaffen. Ziele sind dabei, die Akzeptanz in der Gesellschaft zu stärken, Gewalt gegen Lesben und Schwule zu bekämpfen, Diskriminierung am Arbeitsplatz abzubauen sowie die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu ermöglichen.

Bildung und Wissen: Die Grundlagen der Zukunft

Bildung ist die Lebensgrundlage jeder Demokratie. Erst als die Bildungsprivilegien fielen, konnte aus der Klassengesellschaft eine offene, eine demokratische werden. Sozialdemokraten haben Bildung zum Gemeingut für alle gemacht – und damit zugleich den Grundstein gelegt für die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik: Sie basiert auf dem Wissen und den Fähigkeiten ihrer Beschäftigten.

Bildung ist weit mehr als ein individuelles Recht. Wer Bildungschancen vom Einkommen der Eltern, vom Wohnort oder vom Geschlecht eines Kindes abhängig macht, gefährdet die Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft. Wer Bildung an den Systemen von gestern orientiert statt an den Anforderungen der kommenden Jahrzehnte, verspielt den entscheidenden Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft: Bildungspolitik muß ihrer Zeit voraus sein.

Ziel unserer Bildungspolitik sind Menschen, die selbständig denken und verantwortlich handeln können, die politische, soziale und technische Zusammenhänge durchschauen und in der Lage sind, immer weiter zu lernen. Durch interkulturelles Lernen soll künftig von Kindheit an eine demokratische Gesellschaftsentwicklung gefördert werden. Die Schülerinnen und Schüler, die Ende 1992 gegen rechtsextreme Gewalt und Fremdenhaß auf die Straße gegangen sind, haben dieses Lernziel erreicht: Bildung muß weit mehr sein als die Anhäufung von Wissen. Für die niedersächsische SPD gilt:

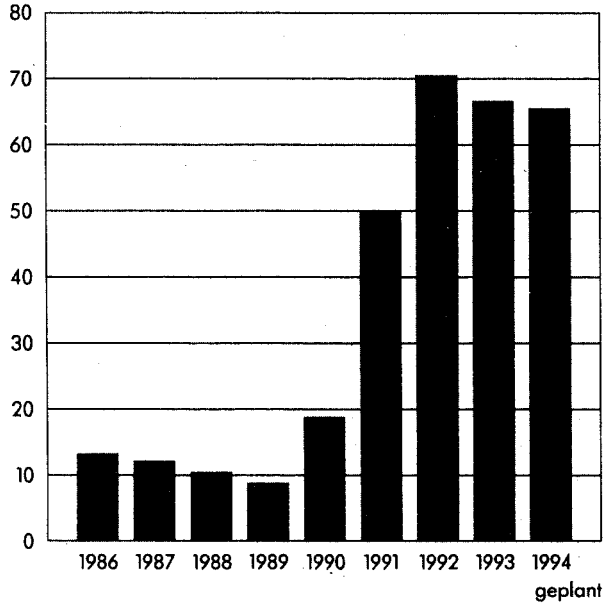
- Schule soll fördern und helfen, nicht auslesen und sortieren. Wir wollen keinen Leistungsdruck in der Grundschule und keine Konkurrenz unter Zehnjährigen.
- Schule soll Spaß machen. Wir wollen die Neugier der Kinder wachhalten und ihrer Lust am Lernen neue Anregungen geben, im musischen wie im sozialen Bereich.
- Kinder sollen „für das Leben lernen". Wir wollen, daß sie schon in der Schule mit sozialen und Leistungsunterschieden umgehen lernen, mit Behinderten, mit ausländischen Kindern.
- Jeder hat das Recht, ein Leben lang zu lernen. Berufsbildung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung sind uns ebenso wichtig wie Schulen und Universitäten.
- Demokratie braucht offene Hochschulen. Wir wollen Berufstätigen den Hochschulzugang erleichtern und die Universitäten der Erwachsenen- und Weiterbildung öffnen.
- Unsere Welt braucht zum Überleben Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz. Wissenschaft und Forschung haben ihre Arbeit an diesem Anspruch zu orientieren.

Wir wissen wohl, daß es in Niedersachsen immer noch zu wenig Lehrkräfte und zu wenig Studienplätze gibt. Wir haben die Versäumnisse der Vorgängerregierung trotz gewaltiger finanzieller Anstrengungen noch nicht ausgleichen können. Die niedersächsische SPD wird diese Anstrengungen in der Landesregierung fortsetzen. Aber wir wissen auch: Bildungspolitik ist nicht nur eine Geldfrage. Erziehung zur Selbständigkeit läßt sich nicht durch Bevormundung erreichen. Demokratische Bildungspolitik setzt autonome Schulen und Hochschulen und die Mitverantwortung von Eltern, Schülern und Lehrkräften voraus.

1. Allgemeinbildende Schulen

Worauf wir stolz sind:

Landesausgaben für Lernmittelhilfe und Lernmittelfreiheit
(in Millionen DM)



Mit der Einführung der Lernmittelfreiheit hat die SPD in der Landesregierung einen riesigen Schritt hin zu gleichen Bildungschancen für alle Kinder in Niedersachsen getan. Wir geben uns damit nicht zufrieden. Denn wir wissen, daß im Bildungsangebot immer noch Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen. Unser Ziel ist eine Schulstruktur, die allen Kindern ein vollständiges Bildungsangebot in zumutbarer Entfernung macht – wo immer sie wohnen und aus welcher sozialen Schicht sie auch kommen.

Chancengleichheit setzt weiter voraus, daß die Schulen ein eigenes Profil nach den Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler entwickeln können. Wir haben den Schulen diesen Entscheidungsspielraum gegeben. Und wir ermutigen sie, sich ihrem Dorf oder Stadtteil zu öffnen: Kinder sollen lernen, in der gesellschaftlichen Realität zu handeln.

Die Veränderungen dieser Realität setzen auch der Schule neue Aufgaben. Zu den klassischen Lernfeldern sind neue Bereiche hinzugekommen: Schule soll Umweltbewußtsein herausbilden, soll Mädchen fördern sowie Jungen und Mädchen zu Gleichberechtigung erziehen, soll im gemeinsamen Alltag Verständnis für Menschen anderer Nationen und Kulturkreise wecken. Schule muß mehr denn je die Selbständigkeit der Kinder wecken: Hier entscheidet sich mit, welchen Einfluß die Massenmedien und welche Akzeptanz menschenverachtende und gewalttätige Ideologien in unserer Gesellschaft haben.

■ Gleiche Chancen von Anfang an

Die erste Weichenstellung über den späteren Lebensweg von Kindern erfolgt bereits vor der Grundschule. Mit dem Kindertagesstättengesetz und dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben wir Benachteiligungen auch in diesem Bereich abgebaut. Durch die enge Verknüpfung der vorschulischen Erziehung mit der Grundschule geben wir den Kindern bessere Chancen für erfolgreiches und gemeinsames Lernen. Wir haben in der Landesregierung begonnen, Schulen

im Primarbereich zu vollen Halbtagsschulen auszubauen, in denen ein kindgerechter Wechsel von Lernen und Spielen möglich ist. Dieser Weg hat sich als außerordentlich erfolgreich erwiesen und ist bei den Eltern auf große Resonanz gestoßen. Wir werden ihn schrittweise fortsetzen.

■ Freie Wahl der Schulform

Die niedersächsische SPD will niemandem eine bestimmte Schulform vorschreiben. Die Entscheidung über das regional angemessene Schulangebot haben wir den Schulträger übertragen und den Eltern dabei erheblichen Einfluß eingeräumt. Sie können wählen zwischen einer Gesamtschule, dem dreigliedrigen Schulsystem mit selbständigen oder mit organisatorisch zusammengefaßten Schulen.

Bedingung ist jedoch, daß das Schulangebot wohnortnah ausreichend qualifiziert und differenziert ist. Bei geringen Schülerzahlen erfordert dies eine enge inhaltliche und organisatorische Verbindung insbesond zwischen Haupt- und Realschulen oder aber die Einrichtung von Gesamtschulen. Solche Integrations- und Kooperationsvorhaben werden wir unterstützen.

■ Die Orientierungsstufe hilft allen Kindern

Niedersachsen hat heute die geringste Schulversagerquote aller Bundesländer. Dies ist ein eindrucksvoller Erfolg der Orientierungsstufe: Sie ermöglicht sehr zuverlässige Laufbahnempfehlungen und eine differenzierte Vorbereitung auf die weiterführenden Schulen in altersgemäßen Lernformen. Wir wollen keinen Leistungsdruck in der Grundschule. Wir wollen keinem zehnjährigen Kind seinen künftigen Lebensweg vorschreiben: Für die niedersächsische SPD bleibt die Orientierungsstufe die Basis des gegliederten Schulwesens. Ihre Abschaffung würde zudem zur Schließung vieler kleiner Schulen führen und Kinder so mit unnötigen Fahrzeiten belasten.

■ Behinderte und Nichtbehinderte lernen gemeinsam

Die Schulen in Niedersachsen sollen behinderte Schülerinnen und Schüler soweit wie möglich in normale Schulklassen integrieren. Die bisherigen Sonderschulen werden wir schrittweise zu Förderzentren weiterentwickeln, die auch Kinder aus allgemeinbildenden Schulen mit besonderen Schwächen fördern sollen.

Die Zahl der Integrationsklassen werden wir weiter kontinuierlich erhöhen. In ihnen werden Behinderte und Nichtbehinderte bei besonderer Förderung gemeinsam unterrichtet, aber zu individuell differenzierten Lernzielen geführt.

■ Eingliederungshilfen für ausländische Kinder

Wir sehen es als einen Gewinn für die Entwicklung unserer Kinder, daß sie mit Kindern anderer Nationen aufwachsen und zur Schule gehen. Durch sprachliche und pädagogische Vorbereitung wollen wir es den Kindern von Migranten und Flüchtlingen leichter machen, sich in den Schulklassen zu integrieren.

■ Ganztagsschulen und ganztägige Betreuung ausbauen

Kinder brauchen mehr als Unterricht. Betreuungs- und Freizeitangebote über den ganzen Tag geben ihnen Sicherheit und Anregungen und helfen vor allem berufstätigen Eltern. Wir wollen das Angebot ganztägiger Betreuung gemeinsam mit den Schulträger erweitern – in unterschiedlichen Formen von der Pflichtveranstaltung bis zu offenen Angebot mit freiwilliger Teilnahme. An solche Angeboten können sich auch Vereine, Kirchen oder die kommunale Jugendpflege beteiligen.

■ Chancengleichheit geht vor Schulzeitverkürzung

Die Diskussion um die Dauer der gymnasialen Schulzeit ist als Folge der Deutschen Einheit notwendig geworden – nicht etwa, weil unsere derzeitige Regelung schlecht wäre. Die niedersächsische SPD geht offen in diese Debatte. Vier Bestandteile unseres Schulwesens sind dabei für uns jedoch unverzichtbar: Die Durchlässigkeit des Schulsystems, eine mindestens zehnjährige Schulzeit für alle Kinder, die Orientierungsstufe und das Abitur als allgemeine Zugangsberechtigung zur Hochschule. Die Voraussetzungen für eine Schulzeitverkürzung sind danach noch nicht gegeben. Ein landesweites Zentralabitur lehnen wir ab.

An diesen Kriterien messen wir alle Vorschläge zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Wir werden nicht zulassen, daß die individuelle Begabungsförderung durch eine verschärfte Auslese ersetzt wird.

■ Europa beginnt in der Grundschule

Die niedersächsische SPD will ein geeintes Europa. Unsere Kinder und Jugendlichen sollen schon mit der Schule in dieses Europa hineinwachsen.

Wir werden in der Landesregierung gemeinsame Projekte von Schulen aus verschiedenen Ländern der europäischen Gemeinschaft fördern. Wir werden mit dem Fremdsprachenlernen bereits im dritten Jahrgang der Grundschule beginnen und den Fremdsprachenunterricht in den berufsbildenden Schulen berufsbezogen verstärken. In Schulversuchen wollen wir den zweisprachigen Unterricht ausweiten.

■ Auch Lehrkräfte müssen ständig lernen

Die neuen Anforderungen an die Schule verändern auch die Anforderungen an die Lehrkräfte. Ihre Ausbildung muß sich auf reformpädagogische Ansätze und bildungspolitische Innovationen einstellen und zu schulischer Sozialarbeit befähigen. Sie muß Theorie und Praxis verknüpfen und die nicht fachbezogenen Studienteile erweitern.

Die Lehrkräfte sollen in der Lage sein, in unterschiedlichen Schulformen, in Gesamtschulen und organisatorisch zusammengefaßten Schulen zu unterrichten. Sie müssen im Studium die Möglichkeit haben, einen Schwerpunkt „Die Arbeit in integrierten Fächern und Systemen" zu wählen. Unter diesen Zielsetzungen wollen wir die Ausbildung an den Hochschulen und in der sogenannten Zweiten Phase neu gestalten.

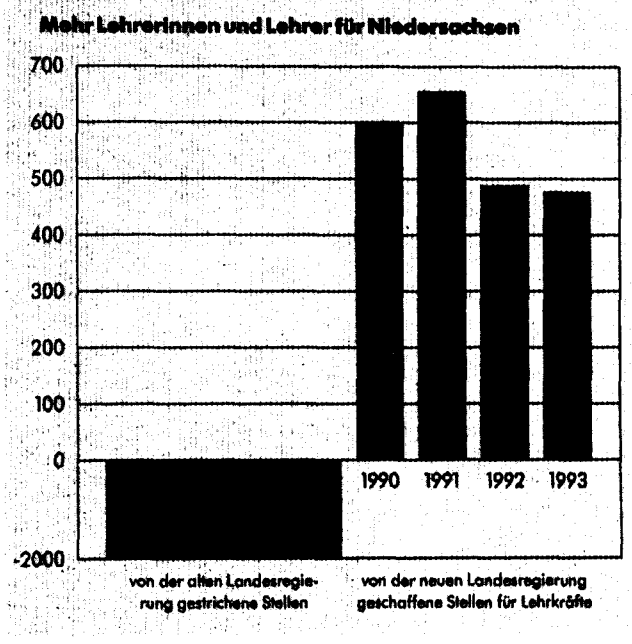
Damit der Unterricht pädagogisch, fachlich und gesellschaftlich aktuell bleibt, müssen alle Lehrkräfte die Gelegenheit zur Fort- und Weiterbildung erhalten und wahrnehmen. Sie erfolgt arbeitsplatznah, bedarfsgerecht und flexibel in einem Netz regionaler pädagogischer Zentren, dessen Aufbau wir in der Landesregierung gemeinsam mit anderen Weiterbildungsträgern fortsetzen werden. Die Qualifizierung von Frauen für die Übernahme von Leitungsfunktionen werden wir zu einem Schwerpunkt der Fortbildung entwickeln.

■ Unterrichtsversorgung braucht mehr als neue Lehrkräfte

Die niedersächsische SPD wird in der Landesregierung die gewaltigen Anstrengungen der letzten Jahre fortsetzen, die Unterrichtsversorgung zu sichern. Wir werden wie bisher alle ausscheidenden Lehrkräfte ersetzen und zusätzliche Stellen nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes schaffen.

Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung war deshalb außerdem eine maßvolle und differenzierte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte und sind weitere organisatorische Maßnahmen nötig.

Worauf wir stolz sind:



2. Berufliche Bildung

Der Einzug der Mikroelektronik in die Arbeitswelt, neue Formen der Arbeitsorganisation und die ständig sinkende „Halbwertzeit" des Fachwissens haben die Anforderungen an die Berufsbildung verändert. Fachkräfte brauchen heute mehr als Fachkompetenz: Gefragt sind Flexibilität, Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein, gefordert werden Lernfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Fähigkeit zur Teamarbeit. Berufsbildung hat all dies zu entwickeln.

■ Berufliche Bildung aufwerten

Für die niedersächsische SPD haben allgemeine und berufliche Bildung eine gleichwertige Bedeutung. Dies gilt aber längst nicht überall in der Gesellschaft, obwohl Berufsschulen schon immer mehr als nur berufliche Qualifikationen vermittelt haben. Wir wollen den Stellenwert der Berufsbildung erhöhen und die Berufsschulen so ausbauen, daß sie künftig verstärkt auch allgemeinbildende Abschlüsse vergeben können.

Wir haben die Möglichkeiten verbessert, zugleich mit einer beruflichen Qualifikation auch allgemeinbildende Abschlüsse zu erwerben. Der Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur ist von uns ermöglicht worden. Damit ist die Durchlässigkeit aus dem Berufsbildungssystem entscheidend verbessert worden.

Daneben wollen wir doppelqualifizierende Bildungsgänge einrichten, die zugleich eine Berufsausbildung und das Abitur oder die Fachhochschulreife vermitteln.

Damit auch Auszubildende in kleinen Betrieben eine qualifizierte Ausbildung erhalten, wollen wir die überbetriebliche Ausbildung weiter fördern.

■ Neue Aufgaben für berufsbildende Schulen

Für die niedersächsische SPD ist eine breite Grundbildung als Basis der Erstausbildung unverzichtbar. Sie wird in schulischen und kooperativen Berufsgrundbildungsjahren sowie in Berufsfachschulen vermittelt. Für die einzelnen Berufsfelder streben wir einheitliche landesweite Regelungen an.

Wir werden die Berufsschulen in die Lage versetzen, eine Fremdsprache sowie Stütz- und Förderunterricht anzubieten. Die Unterrichtsversorgung, bei der die Berufsschulen über Jahre vernachlässigt wurden, werden wir durch ein verläßliches Einstellungskonzept und eine verstärkte Ausbildung von Berufsschullehrern und -lehrerinnen nachhaltig verbessern.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt benachteiligten Jugendlichen. Die Berufsschulen sollen verstärkt in die Lage versetzt werden, besondere Angebote für diesen Personenkreis zu entwickeln. Jugendlichen mit Lern- und Verhaltensstörungen, die keinen Ausbildungsplatz finden, wollen wir die Möglichkeit geben, ihre Schulpflicht auch in außerschulischen Einrichtungen wie Jugendwerkstätten zu erfüllen.

Die Ausbildung in sozialpflegerischen Berufen wollen wir fördern sowie inhaltlich und materiell so attraktiv gestalten, daß der steigende gesellschaftliche Bedarf an motivierten Absolventen und Absolventinnen zuverlässig gedeckt werden kann.

■ Berufsakademien bringen neue Ausbildungsangebote

Die privaten Berufsakademien in Niedersachsen sind dabei, sich zu einer attraktiven Alternative zum Hochschulstudium zu entwickeln: Sie ermöglichen Wirtschaftsbetrieben ein hochqualifiziertes Ausbildungsangebot, indem sie deren praktische Ausbildung wissenschaftlich fundieren.

Die Berufsakademien erhalten einen eigenen gesetzlichen Rahmen. Ihren Absolventinnen und Absolventen werden wir den Übergang an staatliche Hochschulen ermöglichen und dabei die schon erbrachten Leistungen weitgehend anrechnen.

3. Hochschulen

Worauf wir stolz sind:

1980 – 90: Die Studentenzahl an Niedersachsens Hochschulen steigt um 54 Prozent, das wissenschaftliche Personal (ohne Medizin) wird um elf Prozent zusammengestrichen!
1990 – 93: Die Studentenzahl steigt um weitere 13 Prozent, die Universitäten bekommen 330 neue Stellen, die Fachhochschulen 400.
Ende 1993: 34 zusätzliche Studiengänge für über 6.000 Studierende an den Fachhochschulen; 2 neue Fachhochschulstandorte; Reduzierung der Überlast an den Uni's.

Niedersachsens Hochschulen können allmählich wieder atmen. Die Landesregierung hat unmittelbar nach Amtsantritt seit Jahren überfällige Reformen eingeleitet und mit der Schaffung neuer Studienplätze und Planstellen begonnen. Dennoch sind die Studienbedingungen bis heute unbefriedigend: Die Fehler der Vorgängerregierung, die in Zeiten explodierender Studentenzahlen das Personal an den Hochschulen abbaute, werden uns noch über Jahre beschäftigen. Den Numerus clausus wollen wir überwinden. Das Programm der niedersächsischen SPD, mit dem wir unsere Hochschulen zukunftsfähig machen wollen, ist deshalb langfristig angelegt.

■ Mehr Fächer, mehr Studienplätze für Fachhochschulen

Mit unserem Fachhochschulentwicklungsprogramm haben wir die Erweiterung der Fachhochschulen um 7.500 flächenbezogene Studienplätze eingeleitet. Dieser Ausbau wird bis zum Jahre 1998 abgeschlossen sein. Mit einer Fortschreibung dieses Programms wollen wir den Anteil der Fachhochschulen an der Gesamtzahl der Studienplätze mittelfristig auf 35 und langfristig auf 40 Prozent steigern. Der Ausbau der Fachhochschulen geht nicht zu Lasten der Universitäten. Par-

allel dazu werden wir – wie schon begonnen – das Fächerspektrum verbreitern, neue Studienformen wie das Studium im Praxisverbund verwirklichen und die Studiengänge international ausrichten.

Wir werden die Fachhochschulen künftig gezielt als Instrument der Wirtschafts- und Strukturpolitik einsetzen. Wir werden sie also vorrangig dort ausbauen, wo sie durch Technologietransfer, anwendungsbezogene Forschung und praxisorientierte Ausbildung qualifizierter Fachkräfte die Wirtschaftskraft ihrer Region stärken können und zugleich selbst besondere Entwicklungschancen haben. Die Entwicklung eines Fernstudienangebotes durch die Fachhochschulen wird von uns unterstützt.

■ Mehr Raum für die Universitäten

Der Ausbau der Fachhochschulen wird sich langfristig entlastend auch auf die Studentenzahlen an den überfüllten Universitäten auswirken. Dennoch werden wir bis 1998 mit unserem Hochschulentwicklungsprogramm 7.500 flächenbezogene Studienplätze zusätzlich schaffen. Mit ihnen sollen vor allem vorhandene Einrichtungen und Fächer abgerundet werden. Diese Konsolidierung der Universitäten und der Ausbau der Fachhochschulen würden erheblich gefährdet, wenn sich der Bund ganz oder teilweise aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zurückzieht. Der Bund ist verfassungsrechtlich verpflichtet, sich am Hochschulausbau zu beteiligen. Wir werden gemeinsam mit anderen Landesregierungen dafür sorgen, daß er diese Pflicht erfüllt.

■ Lehre und Studienbedingungen verbessern

Eine wirksame Verbesserung der Studienbedingungen wird nur gelingen, wenn auch die Hochschulen selbst ihren Beitrag zur Verbesserung der Ausbildung und zur Verkürzung der Studienzeiten leisten: Die Lehre wird in etlichen Bereichen immer noch als lästige Pflicht behandelt. Sie muß an den Hochschulen einen ebenso hohen Stellenwert bekommen wie die Forschung. Wir werden diesen Prozeß durch verstärkte Anreize fördern.

Wir werden das System staatlicher Forschungsförderung durch Programme zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre ergänzen. Bei der Berufung von Professorinnen und Professoren werden wir die didaktische und methodische Kompetenz künftig erheblich höher gewichten. Die Verteilung der laufenden Mittel auf die Fachgebiete soll mit dem Ziel der Verbesserung der Lehrqualität erfolgen. An der Beurteilung der Lehrqualität müssen die Studentinnen und Studenten beteiligt werden.

Darüberhinaus wollen wir die fachbezogene Studienberatung und -betreuung u.a. durch TutorInnenprogramme deutlich verbessern und wieder vernünftige Studienbedingungen – zum Beispiel in Labors und Bibliotheken – herstellen und sichern.

■ Forschung im Dienst der Gesellschaft

Eine Verbesserung der Lehre ist nur in einer produktiven Wechselwirkung mit gesicherter Forschung möglich: Forschung muß ihren festen Platz an allen Hochschulen haben; Forschungseinrichtungen sollen möglichst an die Hochschulen angebunden werden.

Wir werden in der Landesregierung weiter für eine angemessene Grundausstattung der Hochschulen sorgen, ohne die sich zusätzliche Forschungsmittel nicht einwerben lassen. Die neuen Schwerpunkte in den Bereichen Umwelt-, Friedens- und Migrationsforschung sowie in den Sozialwissenschaften wollen wir ausbauen, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse für die Bewältigung der großen Probleme unserer Zeit gewinnen zu können. Darüberhinaus wollen wir Verbundforschungsprojekte und interdisziplinäre Ansätze fördern – vor allem solche, die an den Interessen von Arbeitnehmern und -nehmerinnen und sozial benachteiligten Gruppen orientiert sind.

■ Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht Chancen

Wir haben schon in den letzten Jahren zahlreiche Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs wieder eingerichtet, die die Vorgängerregierung gestrichen hatte, bzw. wieder aufgewertet, wo die Vorgängerregierung sie auf 70%-Stellen reduziert hatte. Wir werden weiter die erforderlichen Stellen bereitstellen: Die niedersächsische SPD läßt nicht zu, daß der wissenschaftliche Nachwuchs vernachlässigt und damit die Zukunft unseres gesamten Hochschulsystems gefährdet wird.

■ Frauenförderung für die Professorinnen von morgen

Seit 1991 werden Frauen an Niedersachsens Hochschulen systematisch gefördert: Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbüros wurden an allen Hochschulen eingerichtet, in allen Hochschulprogrammen werden Frauen besonders berücksichtigt. Diesen Rahmen werden wir in den nächsten Jahren ausfüllen. Wir werden insbesondere Nachwuchs-Wissenschaftlerinnen massiv fördern, um den Frauenanteil in herausgehobenen Positionen, insbesondere auf Lehrstühlen, schnell und drastisch zu erhöhen.

■ Durch Ausbildungsförderung zu kürzeren Studienzeiten

Steigende Lebenshaltungskosten und eine sinkende Ausbildungsförderung bedrohen nicht nur die Chancengleichheit, sie sind auch ein wesentlicher Faktor für überlange Studienzeiten: Viele Studentinnen und Studenten können ihr Studium nur mit regelmäßiger Erwerbsarbeit finanzieren.

Die niedersächsische SPD wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, daß die Ausbildungsförderung insbesondere auch für Studierende mit Kindern deutlich erhöht wird. Für Studierende im grundständigen Studium lehnen wir die Einführung von Studiengebühren und Gebühren für die Teilnahme an Seminaren strikt ab. Im studentischen Wohnungsbau lag Niedersachsen in den letzten vier Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Wir werden den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen fortsetzen sowie den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen vorantreiben.

■ Durch Autonomie zu besseren Hochschulen

Zum Staatsverständnis der niedersächsischen SPD gehört die Hochschulautonomie: Der Staat hat die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre zu sichern; interne Entscheidungen aber wollen wir zunehmend an die Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen abgeben. Wir erwarten dort praxisgerechtere Lösungen und eine wirksamere Verwendung der vorhandenen Mittel.

Mit dem Hochschulgesetz haben wir in der Landesregierung die Autonomie und die Selbststeuerungsfähigkeit der Hochschulen wesentlich vorangebracht. Wir werden die Erfahrungen auswerten und diesen Prozeß weiter vorantreiben.

4. Weiterbildung

Mit dem Erwachsenenbildungsgesetz und dem Bildungsurlaubsgesetz haben niedersächsische SPD-Regierungen schon vor 20 Jahren Maßstäbe für die Weiterbildung gesetzt. Bundesweite Wirkung hatten diese Gesetze nicht nur durch ihren Beispielcharakter: Sie haben eine Professionalisierung der Weiterbildung bewirkt und so die Entwicklung eines flächendeckenden Netzes vielfältiger und leistungsfähiger Einrichtungen angestoßen.

Diese Tradition haben wir nach Jahren der Stagnation unter der Vorgängerregierung wieder aufgenommen. Wir haben die finanzielle Förderung deutlich über den Bundesdurchschnitt angehoben und

das Bildungsurlaubsgesetz erheblich verbessert. Die Rechtsverpflichtungen des Erwachsenenbildungsgesetzes werden wir erhalten. Wir haben die Hochschulen des Landes stärker in die Weiterbildung eingeschaltet. Dieses hohe Niveau wollen wir halten und weiterentwikkeln: Weiterbildung bestimmt nicht nur individuelle Lebensläufe, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft und die Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft.

■ Politische Bildung für eine lebendige Demokratie

Weiterbildung – so verstanden – muß mehr sein als die bloße Vermittlung von Fertigkeiten und Kenntnissen. Sie muß befähigen, gesellschaftliche Prozesse zu begreifen und mitzugestalten. Sie schließt neben der Weiterqualifizierung im Beruf politische, kulturelle und allgemeine Bildung ein.

Wir werden daher die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten fördern, die fachliche, kulturelle und politische Aspekte integrieren. Durch Maßnahmen zum Abbau von Teilnahmehindernissen und Weiterbildungsberatung wollen wir den Zugang für alle Adressatengruppen verbessern. Wir werden insbesondere die politische Bildung fördern. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dem Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und der Frauenverachtung den Boden zu entziehen. Die Politik der niedersächsischen SPD, so viele Menschen wie möglich aktiv an der Gestaltung unseres Landes zu beteiligen, wäre ohne sie gar nicht vorstellbar.

Private und soziale Lebenschancen und berufliche Perspektiven hängen von erreichter und nachweisbarer Allgemeinbildung und von Schulabschlüssen ab. Wir werden deshalb den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen auf dem „Zweiten Bildungsweg" so fördern, daß die Teilnahme nicht am Geldbeutel scheitert.

■ Das Lernen endet nicht mit der Abschlußprüfung

In fast allen Berufen ist heute das lebenslange Lernen an die Stelle einer einmaligen Ausbildung getreten: Weiterbildung ist für Erwerbstätige zur existentiellen Frage geworden. Wo betriebliche Angebote nicht genutzt werden können, liegt die berufliche Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung.

Wir werden sicherstellen, daß die öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden, um diese Aufgabe auch künftig wahrnehmen zu können. Wir werden dafür sorgen, daß Abschlüsse „im Baukastensystem" gemacht werden können. Wir werden alle Entwicklungen einleiten, die nötig sind, um die öffentliche Weiterbildung an Veränderungen der Gesellschaft anzupassen.

■ Weiterbildung braucht öffentliche Verantwortung

Gemessen an ihrer Bedeutung ist die Weiterbildung längst zur vierten Säule des Bildungssystems geworden. Die niedersächsische SPD wird dafür sorgen, daß sie diese Funktion auch tatsächlich und für alle gesellschaftlichen Gruppen wahrnimmt. Dazu reicht eine Regulierung über den Markt nicht aus. Insbesondere muß eine öffentlich verantwortete Qualitätssicherung erfolgen.

Wir wollen ein plural gestaltetes Weiterbildungsangebot in öffentlicher Verantwortung, das sachgerecht mit dem übrigen Bildungssystem verknüpft ist. Für private Angebote wollen wir im Interesse der Lernenden staatliche Rahmenbedingungen setzen. Innerhalb der Landesregierung wollen wir die Zuständigkeiten konzentrieren, die bisher auf sechs Ministerien verteilt sind, und einen Landesausschuß für Weiterbildung einrichten, in dem die bisherigen Beratungsgremien aufgehen.

Viele Lehrkräfte in Weiterbildungseinrichtungen bestreiten ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus Honorartätigkeit. Die gegenwärtig gültigen Honorarregelungen berücksichtigen dies nicht. Das Land wird die Träger der Erwachsenenbildung darin unterstützen, eine Regelung zur sozialen Absicherung dieser Lehrkräfte zu finden.

Staat und Recht: Die Grundlagen unseres Zusammenlebens

Mit der SPD in der Landesregierung hat Niedersachsen ein uraltes Instrument der Politik neu entdeckt: das Gespräch. Keine lähmenden Konfrontationen mehr, keine Skandale, keine Polizeiaufmärsche: Wir reden wieder miteinander.

Unser Land verträgt keine selbstherrlichen Entscheidungen. Unser Land braucht für jedes Problem die beste Lösung – und diese ist im Dialog mit den Betroffenen allemal am besten zu finden. Wir bekennen uns zur politischen Führung und sind bereit, Entscheidungen zu treffen. Wir wollen Politik nicht aussitzen. Vor den Entscheidungen soll jedoch miteinander gesprochen werden. Die niedersächsische SPD hat in ihrer Regierungsarbeit der letzten vier Jahre mehr Gespräche, mehr Verhandlungen mit Fachleuten und Betroffenen geführt als jede Regierung vor ihr. Sie hat auf diesem Weg landespolitische Probleme gelöst, die ein Jahrzehnt lang unlösbar schienen. Und sie hat keine einzige ihrer Entscheidungen mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt. Polizei und Justiz können sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: Die Bewahrung des Rechtsfriedens und die Bekämpfung von Kriminalität.

Lebendige Demokratie, so verstanden, ist mühsam. Sie braucht den Kontakt zu den Menschen, die Nähe zu ihren Sorgen und Problemen. Und sie muß ihnen vertrauen: Lebendige Demokratie verträgt sich nicht mit zentraler Entscheidungsgewalt. Die niedersächsische SPD wird in der Landesregierung die Selbstverwaltung der Kommunen stärken. Sie setzt sich für eine größere Autonomie der Länder im föderalen Gefüge der Bundesrepublik ein: Unsere Landespolitik darf nicht länger von Bonner Finanzzusagen abhängig sein.

Lebendige Demokratie braucht schließlich eine offene Verwaltung. Mit 175.000 Beschäftigten ist das Land der größte Arbeitgeber in Niedersachsen. Wir wissen, daß viele dieser Beschäftigten bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit arbeiten, zum Beispiel die Polizeibeamten und -beamtinnen. Wir werden ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessern. Wir wissen aber auch, daß es überflüssige Stellen, ineffektive Abläufe und bürgerferne Bürokratie gibt. Die niedersächsische SPD will die Landesverwaltung gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften modernisieren: Nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, nach den Kriterien moderner Betriebsführung und nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes.

Noch immer gibt es Diskriminierungen in unserem Land. Gegen Ausländer, gegen Schwule, gegen Lesben, gegen Behinderte und andere gesellschaftliche Gruppen. Wir werden uns damit nicht abfinden. Ausgrenzung wird von uns auf allen politischen Feldern und auch über den Bundesrat bekämpft werden.

Demokratie muß alle einbeziehen. Demokratie, die sich allein auf die Parteien stützt, erstarrt. Die niedersächsische SPD will eine lebendige Demokratie. Sie bittet alle Menschen in Niedersachsen, sich aktiv in die politischen, sozialen und kulturellen Belange unseres Landes einzuschalten.

1. Verfassung und Verwaltung

Niedersachsen rüstet sich für das nächste Jahrtausend. Ein modernes, vorwärtsstrebendes Land braucht ein modernes Staatsverständnis, eine flexible Landesverwaltung, eine solidarische Politik – und eine Verfassung, die dieser Entwicklung ein solides Fundament gibt.

Die neue Niedersächsische Landesverfassung ist Ausdruck der großen Schritte, die unser Land in den letzten Jahren mit der niedersächsischen SPD in diese Richtung gemacht hat: Sie legt die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel fest, sie verbessert die Rechte der Opposition und gibt den Bürgerinnen und Bürgern mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden neue, weitgehende Beteiligungsrechte. Sie ist eine würdige Nachfolgerin der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung, deren Grundzüge Hinrich Wilhelm Kopf schon 1947 im Leuchtturm von Neuwerk entwarf. Die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verwirklichung der neuen Landesverfassung werden wir einleiten.

■ Neue Gesetze für eine offene Gesellschaft

Worauf wir stolz sind:

Wir haben den Radikalenerlaß abgeschafft und allen von einem Berufsverbot Betroffenen wieder den Weg in den öffentlichen Dienst geöffnet. Wir haben mit dem Polizeigesetz den Todesschuß abgeschafft. Wir haben über den Bundesrat die Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens erzwungen, das der britischen Armee Panzerübungen im Naturschutzpark Lüneburger Heide erlaubte.

Wir haben die Rechtsordnung des Bundeslandes Niedersachsen in den letzten Jahren Schritt für Schritt modernisiert: Das lückenhafte Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde durch ein modernes Gefahrenabwehrgesetz ersetzt, das die Rechte und zugleich die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen verbessert. Die Verfassungsschutzbehörde wurde in ein Landesamt umgestaltet und arbeitet jetzt auf präziser gesetzlicher Grundlage. Das Datenschutzgesetz wurde dem neuen Rechtsempfinden angepaßt, das Personalvertretungsgesetz mit deutlich erweiterten Mitbestimmungsrechten ausgestattet.

■ Moderne Verwaltung im Dienst der Bürgerinnen und Bürger

Die niedersächsische SPD hat sich vorgenommen, diese Modernisierung des Rechtssystems in den nächsten Jahren durch eine umfassende Modernisierung der gesamten Landesverwaltung zu ergänzen. Wir haben dabei zwei große Ziele: Wir wollen die Verwaltung wieder deutlich an den Bedürfnissen derer ausrichten, denen sie zu dienen hat, und wir wollen sie effektiver machen, um trotz begrenzter Haushaltsmittel finanziellen Spielraum für neue Aufgaben zu schaffen.

Wir wollen die bürokratischen Strukturen entflechten, Hierarchien abbauen und den einzelnen Beschäftigten mehr Verantwortung und Entscheidungsspielraum geben: Die Landesverwaltung muß sich in ihren Dienstleistungsbereichen an privaten Unternehmen messen lassen, was Effektivität, Zuverlässigkeit und auch ihr Kosten-Leistungs-Verhältnis angeht.

Zugleich wollen wir das Laufbahn- und Besoldungssystem modernisieren und durchlässig machen, um die Motivation zu erhöhen und herausragende Leistungen besser honorieren zu können: Wir wollen die Besten für die Arbeit in der Landesverwaltung gewinnen.

Wir wissen, daß eine rationelle Arbeitsorganisation die Anforderungen an einzelne Beschäftigte erhöhen kann. Dies ist im Sinne der

sparsamen Verwendung der Steuergelder durchaus gewollt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalräten werden wir prüfen, wo es solche Spielräume gibt, die sich ohne Ungerechtigkeit und ohne Überforderung der Beschäftigen ausschöpfen lassen.

Diese Modernisierung werden wir in einer Reformkommission erarbeiten lassen und schrittweise in Zusammenarbeit mit den Personalräten und Gewerkschaften verwirklichen.

■ Demokratie braucht außerparlamentarische Initiativen

Lebendige Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die niedersächsische SPD stützt ihre Regierungsarbeit auf unzählige Menschen, die sich innerhalb und außerhalb von Parteien und parlamentarischen Gremien für Niedersachsen engagieren. Wir schauen nicht auf Parteizugehörigkeit: Wir wollen dies Engagement für unser Land nutzen und haben dazu neue Wege beschritten.

Wir schalten Sachverstand von außen in alle Fragen der Politik ein. Wir debattieren unsere Pläne öffentlich und haben „Runde Tische" zum Prinzip in allen potentiell strittigen Fragen gemacht. Wir beteiligen die Betroffenen und ihre Verbände an allen Planungen. Von Anfang an, damit sie nicht hinterher gegen diese Planungen prozessieren müssen. So kommen wir zu besseren Lösungen und zu schnelleren Genehmigungsverfahren. Wir fördern die Arbeit dieser Verbände finanziell.

All das betrachten wir nicht als „Gnadenakt": Wer sich für unser Land einsetzt, hat ein Recht darauf, gehört und unterstützt zu werden. Deshalb haben wir den Umweltverbänden ein gesetzliches Klagerecht gegeben und Elemente der direkten Demokratie in die Verfassung aufgenommen.

Wir werden die Entscheidungsabläufe der Politik weiter öffnen und die Mitspracherechte der Betroffenen in allen Bereichen ausbauen, in den Schulen wie in der Behindertenarbeit, in der Umweltpolitik wie bei der Frauengleichstellung.

■ Direkte Demokratie in der kommunalen Selbstverwaltung

Die Stellung der Mitglieder von Räten und Kreistagen gegenüber der Verwaltung soll gestärkt werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist die Basis der parlamentarischen Demokratie. Hier, in den Alltagserfahrungen vor Ort, bestimmt sich die Einstellung der Menschen zur Politik. Die niedersächsische SPD will die kommunale Selbstverwaltung stärken. Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit in den Räten und Kreistagen erhalten und sie durch Formen der direkten Demokratie – wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid – ergänzen.

Auf der Basis der Ergebnisse der Enquête-Kommission wollen wir Vorschläge zur Reform unserer Kommunalverfassung erarbeiten und umsetzen. Unser Ziel ist es, das Kommunalwahlrecht um Elemente der Listenwahl zu ergänzen, um auf diese Weise bisher unterrepräsentierten Gruppen wie Frauen und jungen Menschen den Zugang zu Mandaten zu erleichtern.

Wir werden die finanzielle Ausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise so gestalten, daß sie ihre Aufgaben vor Ort auch in Zukunft sachgerecht und in eigener Verantwortung erfüllen können.

2. Justiz und Strafvollzug

Trotz gezielter personeller Verstärkungen in den letzten vier Jahren ist die Belastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften extrem hoch. Im wesentlichen ist dies eine Folge der Aufbauhilfe für die neuen Bundesländer, in der sich Niedersachsen für sein Partnerland Sachsen-Anhalt stärker engagiert hat als jedes andere der alten Länder.

Um die Leistungsfähigkeit der Gerichte zu erhöhen, setzt die niedersächsische SPD vor allem auf eine Entlastung der Justiz von Baga-

tellverfahren und auf neue Formen der Streitbeilegung. Daneben werden wir die Verfahrensabläufe rationalisieren, Ressourcen bündeln und den Zuschnitt der Gerichtsbezirke unter dem Aspekt einer sachgerechten Lastenverteilung überprüfen.

■ Streit schlichten ohne Gerichte

Im Zivilrecht wollen wir die außergerichtliche Streitbeilegung fördern: Schiedsämter und Schlichtungsstellen können kleinere Streitfälle in der Regel dauerhaft und zudem schneller und kostengünstiger lösen als die Gerichte.

Auch im Strafrecht lassen sich Konflikte zwischen Täter und Opfer häufig besser außergerichtlich lösen: Während vor Gericht die Strafe für den Täter im Vordergrund steht, konzentriert sich der Täter-Opfer-Ausgleich auf die Interessen des Opfers. Im Jugendbereich haben wir den Täter-Opfer-Ausgleich bereits flächendeckend eingeführt; im Erwachsenenbereich werden wir seine Erprobung unterstützen. Dabei werden wir prüfen, ob für diese Aufgabe auch Schiedsleute eingesetzt werden können.

■ Resozialisierung im Strafvollzug sichern

Ein moderner Strafvollzug, der den Strafgedanken durch das Ziel der Resozialisierung ersetzt, stellt hohe Anforderungen an die Vollzugsorganisation und vor allem an das Vollzugspersonal. Aus den „Schließern" von einst sind längst qualifizierte Fachkräfte geworden, die mit hoher persönlicher Einsatzbereitschaft täglich schwierige Situationen zu meistern haben. Wir wollen die Ausbildung für den Vollzugsdienst verbessern und eine qualifizierte Fortbildung sichern. Wir wollen die Tätigkeit dieser Beamtinnen und Beamten neu bewerten und ihr Bild in der Gesellschaft verbessern. Die wertvolle Arbeit der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten wollen wir weiter unterstützen und fördern.

Trotz der derzeit hohen Gefangenenzahlen werden wir die bestehenden Einrichtungen und Projekte zur Resozialisierung erhalten und nach den Möglichkeiten des Landes weiter ausbauen und fördern. Das gilt vor allem für den Jugendvollzug im Straf- und Untersuchungshaftbereich, das soziale Training, den verbesserten Frauenvollzug und die sozialtherapeutischen Abteilungen, die wir in den letzten Jahren eingerichtet haben. Wir werden dafür sorgen, daß trotz Belegungsdrucks für geeignete Gefangene jederzeit genügend Haftplätze im offenen Vollzug zur Verfügung stehen.

Die relativ kleine Zahl besonders gefährlicher Gefangener werden wir sicher unterbringen, ohne vom Prinzip des humanen und differenzierten Vollzugs abzuweichen. Die in diesen Bereichen beschäftigten Vollzugsbediensteten wollen wir besonders schulen und regelmäßig fortbilden. Das 1992 begonnene Programm zur Sanierung der Justizvollzugsanstalten werden wir schrittweise fortsetzen und dafür Sorge tragen, daß auch in Zukunft die notwendigen, einen menschenwürdigen Strafvollzug sichernden Haftkapazitäten vorgehalten werden. Für nicht kriminelle Abschiebungsgefangene werden wir bei Bedarf zusätzliche Kapazitäten schaffen. Wir wollen sie von den Untersuchungs- und Strafgefangenen weitgehend trennen und eine ausreichende Betreuung und Rückkehrberatung sicherstellen.

3. Innere Sicherheit

Die Kriminalität hat bundesweit seit 1989 stark zugenommen. Wer eine Antwort finden will, muß sich zunächst einmal mit den Ursachen des Kriminalitätsanstieges auseinandersetzen. Die Zusammensetzung der polizeilich registrierten Tatverdächtigen zeigt, daß mehrere Faktoren eine Rolle spielen. Für den überproportionalen Anstieg beweist die Statistik als wichtigsten Faktor die Grenzlage Nieder-

sachsens und die 1989 erfolgte Öffnung der Grenzen. Dagegen ist sowohl die Kriminalitätsbelastung der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung Niedersachsens seit Mitte der 80er Jahre leicht gesunken bzw. konstant geblieben. Insbesondere junge Menschen sind seitdem in zunehmendem Maße von Armut und sozialer Desintegration betroffen. Darüber hinaus hat die wachsende Ausländerfeindlichkeit die Gesamtzahl der Gewaltstraftaten beträchtlich erhöht. Und schließlich hat in den letzten Jahren die Zahl der Drogenabhängigen und damit auch die Beschaffungskriminalität deutlich zugenomen.

Die beste Kriminalprävention verspricht von daher eine Außen- und Wirtschaftspolitik, die dazu beiträgt, daß auch in den osteuropäischen Ländern für die dort in ihrer Existenz bedrohten Menschen Lebensbedingungen entstehen, die es ihnen ermöglichen, dort zu bleiben, statt auszuwandern. Zum zweiten müssen wir alles daran setzen, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu stabilisieren. Wer innere Sicherheit wirklich will, braucht vor allen Dingen sozialen Frieden. Und schließlich müssen wir konstruktive Antworten auf die Probleme der Fremdenfeindlicheit und der Drogenabhängigkeit finden.

■ Soziale und kommunale Vorbeugungsstrategien stärken

Die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität können von Polizei und Justiz kaum beeinflußt und nicht beseitigt werden. Die beste Kriminalprävention ist daher eine nachhaltig veränderte Sozial- und Gesellschaftspolitik, mit der dem Sozialabbau durch den Bund entgegengetreten wird.

Im Lande werden wir kommunale Präventionsräte als Mittel kommunaler Kriminalpolitik anregen, ausbauen und fördern, in denen die Verantwortung aller für die Kriminalitätsverhütung organisiert werden kann. In diesen Präventionsräten sollen ressortübergreifend Behörden (z.B. Jugend-, Sozial- und Schulbehörden, Justiz und Polizei), Institutionen (z.B. Kirchen und Wohlfahrtsverbände) sowie gesellschaftliche Gruppen (z.B. Handel und Wirtschaft, Vereine und Selbsthilfegruppen, soziale und kulturelle Einrichtungen) gemeinsam daran arbeiten, Antworten auf die Kriminalitätsursachen und -erscheinungen vor Ort zu suchen, die Quellen der Kriminalitätsfurcht zu mindern und die Zusammenarbeit bei der Betreuung von Opfern von Straftaten zu verbessern.

Bei den notwendigen Sparmaßnahmen werden wir die Bedeutung der Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Jugendarbeit auch für die Kriminalprävention bedenken. Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und Aufwendungen für soziale Betreuung und Hilfen für Ausgegrenzte und Randgruppen sind kein Luxus und nicht nur Gebot der Menschlichkeit, sondern auch Investition in die Verbesserung der Rahmenbedingungen für soziale Präventionsarbeit.

In der schulischen Erziehung und Bildung werden wir verstärkt Freiräume für soziales Lernen öffnen. Unterrichtsgestaltung, schulische Sozialarbeit und gezielte Lehrerfortbildung müssen die Probleme von Gewalt und Aggression in den Schulen durch Schüler aufgreifen und durch Vermittlung der Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung der wachsenden Gewaltbereitschaft entgegenwirken.

Wer innere Sicherheit will, muß soziale Sicherheit schaffen: Unser sozialpolitisches Konzept wirkt Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und „neuer" Armut und Perspektivlosigkeit gerade auch bei jungen Menschen entgegen und trägt dazu bei, aus sozialer Existenzangst geborener Aggression gegen Fremde und Minderheiten vorzubeugen.

■ Dem Rechtsextremismus den Boden entziehen

Rechter Terror und Gewalt gegen Fremde bedrohen nicht nur das Leben von Menschen – sie stellen den demokratischen Konsens der Bundesrepublik insgesamt in Frage. Wir werden dagegen mit Hilfe der Strafverfolgungsorgane im Rahmen der geltenden Gesetze konse-

quent vorgehen. Dabei sind wir uns allerdings bewußt, daß diese Maßnahmen gegen menschenverachtende Ideologien nicht ausreichen. Gerade weil es sich bei den fremdenfeindlichen Gewalttätern nicht um isolierte Einzelkämpfer handelt, die man nur dingfest machen müßte, sondern mehrheitlich um junge Männer, wie wir sie in weiten Teilen der Bevölkerung finden können, ist mehr nötig als eine effektive Polizei und Justiz. Wir brauchen einen tiefgreifenden Wandel unserer politischen Kultur, die dem Rechnung trägt, daß Ausländer nicht nur als Arbeitnehmer, sondern auch als Staatsbürger in unser Land zu integrieren sind. Nur durch die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft können wir Rassismus und Gewalt den Boden entziehen.

■ Stärkung der Polizei

Wir haben in den letzten Jahren die Sparmaßnahmen der Vorgängerregierung gestoppt und die eingesparten Stellen bei der Polizei wieder besetzt. Als Ergebnis gibt es heute 1.000 Beamtinnen und Beamte mehr als 1990. Darüber hinaus haben wir den Reformbedarf in der Polizei feststellen lassen und begonnen, eine für die Bundesrepublik Deutschland einmalige und umfassende Polizeireform durchzuführen. Ziel dieses Reformvorhabens ist eine moderne, dem demokratischen Rechtsstaat entsprechende Polizei, die den täglichen Anforderungen der Strafverfolgung wie auch der Gefahrenabwehr gerecht wird, friedensstiftend, bürgernah und vor allem bürgerfreundlich ist. Hierzu brauchen wir mehr denn je qualifizierte Beamtinnen und Beamte, die insbesondere über ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, Urteilsfähigkeit und Fachkompetenz verfügen. Deshalb werden wir alle Beamtinnen und Beamte an der Fachhochschule ausbilden, die Eigenverantwortung der einzelnen Beamtinnen und Beamten stärken, die Arbeitsbedingungen und das Binnenklima verbessern und eine bürgernahe Organisation und den Abbau von Hierarchien schaffen. Ferner sollen die Basisdienste gestärkt und mit einer neuen Aufbau- und Ablauforganisation Reibungsverluste im Dienstalltag verringert werden, um die Dienstzufriedenheit zu erhöhen. Die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir mit dezentralen Strukturen verbessern. Durch eine Erhöhung der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit streben wir eine effektivere Strafverfolgung sowie die Stärkung des allgemeinen Sicherheitsgefühls an.

Die Polizei muß von Aufgaben entlastet werden, die z.B. auch die Kommunen in eigener Kompetenz ganz übernehmen können (u.a. Überwachung des ruhenden Verkehrs). Die Gesamtverantwortung der Polizei für die öffentliche Sicherheit muß auch mit Blick auf die privaten Sicherheitsdienste gewährleistet bleiben. Ausbildung, Einsatzkriterien und Kontrollen solcher Sicherheitsdienste müssen geregelt werden. Sicherheit darf kein Privileg der Reichen werden.

■ Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen

Die arbeitsteilig-professionell organisierte Kriminalität bedroht nicht nur einzelne Bürger, sondern auch Demokratie und Sozialstaat. Schärfere Mittel der Gewinnabschöpfung sowie Maßnahmen zur Unterbindung der Geldwäsche müssen die wirtschaftliche Macht und Attraktivität der verschiedenen Formen organisierter Kriminalität treffen. Wir brauchen Instrumente zur Erhöhung der Transparenz wirtschaftlicher Abläufe sowie der erleichterten Einziehung des durch Straftaten erzielten Einkommens. Wer als Täter der organisierten Kriminalität überführt ist, muß den rechtmäßigen Erwerb seines Vermögens nachweisen. Im Bundesrat werden wir auf die Beseitigung unwirksamer und daher unnötiger staatlicher Verbote dringen, die eine Einziehung hoher, schneller und sicherer krimineller Profite begünstigen und von den Tätern ausgenutzt werden können. Eine flexiblere Ausländer-, Einwanderungs- oder Drogenpolitik kann Bedingungen beseitigen, die eine Ausbeutung der Betroffenen durch professionelle Kriminalität fördern. Auch hier verbessert die Einstellung von Polizi-

sten nichtdeutscher Herkunft oder Staatsangehörigkeit den Zugang zu nichtdeutschen Opfern oder Zeugen und ermöglicht (verdeckte) Ermittlungen gegen ethnisch abgeschottete Tätergruppen. Wirksame Zeugenschutzprogramme sind auszubauen und durch ein Zeugenschutzgesetz auf eine gesicherte Grundlage zu stellen.

Dem Verfassungsschutz werden wir keine Zuständigkeit zur Kriminalitätsbekämpfung einräumen. Eine Aufsplitterung auf Polizei und Verfassungsschutz würde erhebliche Reibungsverluste bringen und die Effizienz der staatlichen Maßnehmen im Ergebnis mindern. Der Verfassungsgrundsatz der Trennung von Polizei und Verfassungsschutz ist deshalb zu wahren und so auch die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsschutzes in seinen Aufgabenfeldern zu erhalten.

Eine mobile Welt mit internationalen Kommunikations- und Wirtschaftsbeziehungen erfordert, die internationale, insbesondere europäische polizeiliche Zusammenarbeit zu intensivieren. Wir werden darauf achten, daß in einem Europa der Regionen mit starken Bundesländern die Mitverantwortung der Länder für die polizeiliche Gestaltung der Sicherheitslage im Lande erhalten bleibt.

■ Opferschutz und Opferberatung

Wenn Bürgerinnen und Bürger Opfer von Straftätern werden, muß der Staat sich mehr als bisher um sie kümmern. Zum einen bedeutet das, daß die im Rahmen der Strafverfolgung für Opfer entstehenden Belastungen so gering wie möglich gehalten werden müssen. Zum anderen müssen wir dafür sorgen, daß die materiellen Schäden und anderen Verbrechensfolgen besser wiedergutgemacht werden, als dies heute der Fall ist.

Beratung und Schutz von Opfern ist auch eine staatliche Aufgabe. Sie ist mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Ziel muß es sein, eine leistungsfähige Infrastruktur von Opferberatungsstellen einzurichten, die professionelle und ehrenamtliche Hilfe anbieten können. Daneben sind verstärkt Schlichtungsstellen einzurichten, die in Zusammenwirken mit der Justiz im Vorfeld von Strafverfahren den Täter-Opfer-Ausgleich anbieten, daß heißt auf eine außergerichtliche Konfliktschlichtung und Schadenswiedergutmachung hinwirken. Die Justiz sollte im Zusammenwirken mit solchen Schlichtungsstellen Opferfonds einrichten, die aus Bußgeldern gespeist werden. Aus ihnen könnten die Opfer finanzschwacher Täter unmittelbar entschädigt werden. Auf Bundesebene sollte ferner gemeinsam mit den anderen Ländern der Versuch unternommen werden, dem Prinzip der Wiedergutmachung von Schäden und Verbrechensfolgen zugunsten der Opfer von Straftaten Vorrang gegenüber der Geldstrafe einzuräumen.

4. Politik über die Landesgrenzen

Worauf wir stolz sind:

Für sein Partnerland Sachsen-Anhalt hat Niedersachsen die umfangreichste Aufbauhilfe aller alten Bundesländer geleistet:

- **1992 waren mehr als 700 niedersächsische Bedienstete „aushilfsweise" in Sachsen-Anhalt tätig.**
- **Bis Ende Februar 1993 wurden 1.010 niedersächsische Bedienstete in eines der neuen Bundesländer versetzt – das ist fast die Hälfte aller Versetzungen aus den alten Ländern!**
- **5.000 Bedienstete aus Sachsen-Anhalt nahmen an Aus- und Fortbildungen mit niedersächsischer Hilfe bei.**

Niedersachsen ist ein großes Land. Größer als die Schweiz, mit fast soviel Einwohnern wie Schweden. Diese Größe bedeutet Verantwor-

tung. Die niedersächsische SPD in der Landesregierung nimmt diese Verantwortung wahr. Sie arbeitet an einer eigenständigen Rolle Niedersachsens und seiner Regionen in Europa. Sie gibt politischen Flüchtlingen Sicherheit und leistet einen eigenen Beitrag gegen Hunger und Armut in der Welt, für den Schutz der Umwelt und die Wahrung der Menschenrechte auch jenseits der Landesgrenzen.

■ Niedersachsen und seine Nachbarn

Die niedersächsische SPD strebt ein „Europa der Regionen" an. Zusammenarbeit und Partnerschaften im zusammenwachsenden Europa zu fördern, ist das Ziel unserer Europapolitik. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit den niederländischen Provinzen und die Mitarbeit in der „Neuen Hanse Interregio", die wir fortsetzen werden.

Dazu gehören aber auch unsere Hilfen für Osteuropa. Wir werden die bestehenden Partnerschaften mit osteuropäischen Regionen intensivieren und die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten Osteuropas durch Landesbürgschaften für niedersächsische Unternehmen absichern. Wo es nötig ist und in unseren Kräften steht, werden wir weiterhin mit humanitären Sofortaktionen menschliche Not lindern helfen. Besonders am Herzen liegen uns die „Kinder von Tschernobyl"; die gleichnamige Hilfsorganisation wurde auf Initiative der niedersächsischen SPD eingerichtet.

In der Europäischen Gemeinschaft setzen wir uns für größere Mitspracherechte der Bundesländer ein. Ein offenes Europa kann kein zentralistischer und anonymer Apparat sein: Zu einem „Europa der Regionen" gehören für uns Bürgernähe und Mitsprache. Damit unser Land seine Position im europaweiten Wettbewerb sichern kann, werden wir die Präsenz Niedersachsens bei der EG verstärken und die EG-Förderprogramme noch konsequenter als bisher für unser Land nutzen.

In Deutschland wollen wir den Föderalismus stärken und die Konkurrenz der Bundesländer durch eine konstruktive Zusammenarbeit überwinden, wie wir es mit den Nachbarländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein seit 1990 erfolgreich tun.

Unser Partnerland Sachsen-Anhalt kann weiterhin auf niedersächsische Hilfe beim Aufbau seiner Verwaltung und Justiz rechnen. Für diese Hilfe hat Niedersachsen größere Opfer gebracht als alle anderen alten Länder. Wir sind dazu auch weiterhin bereit, solange diese Opfer nicht die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in unserem eigenen Land gefährden: Dauerhafte Hilfe setzt eigene Stärke voraus.

■ Zuwanderung und Asylrecht

Hunger, Armut, Kriege und Diktaturen werden die Wanderungsbewegungen aus Osteuropa und der Dritten Welt nach Westeuropa in den nächsten Jahren noch verstärken. Wir wissen, daß wir Zuwanderung nicht durch Gesetze verhindern können – und daß die Bundesrepublik Zuwanderung braucht. Wir wollen diese Zuwanderung steuern. Wir werden uns im Bundesrat für ein Zuwanderungsrecht einsetzen, das auch Menschen aus Staaten außerhalb der EG einen legalen Weg nach Deutschland öffnet, ohne daß sie einen Asylantrag stellen müssen. Diese Zuwanderung – einschließlich der Aussiedler – wollen wir auf eine Zahl begrenzen, die an den Bedürfnissen und der Integrationskraft der Bundesrepublik orientiert ist.

Auf diese Weise können wir das Asylverfahren entlasten und die illegale Zuwanderung reduzieren. Für Bürgerkriegsflüchtlinge streben wir ein befristetes Bleiberecht außerhalb von Asyl- und Zuwanderungsregelungen an.

Die bundesrechtlich vorgegebenen Asylverfahrensänderungen werden wir so umsetzen, daß politisch Verfolgte bei uns weiterhin in Sicherheit leben können. Wir werden unsere bundesweit vorbildliche soziale Betreuung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen fortsetzen und sicherstellen, daß diese Menschen weiterhin human untergebracht werden, ohne die Kommunen zu überfordern. Der Satz „Po-

litisch Verfolgte genießen Asylrecht" bleibt für die niedersächsische SPD Verpflichtung.

■ Entwicklungsprojekte gegen Armut und Unterdrückung

Nachhaltig eindämmen lassen sich die Fluchtbewegungen nur, wenn ihre Ursachen vor Ort beseitigt werden. Auch Niedersachsen leistet deshalb seinen Beitrag zur Hilfe für die Dritte Welt. Wir haben diese Hilfen in den letzten Jahren umgestellt und werden unsere Beiträge zum Kampf gegen Hunger, Armut, Krankheiten und Kriegsfolgen weiter konsequent von der Verwirklichung der Menschenrechte abhängig machen und sie auf ökologische und emanzipatorische Projekte konzentrieren.

Wir haben hierbei erfolgreich begonnen, mit Dritte-Welt-Gruppen und Flüchtlingsorganisationen zusammenzuarbeiten. Wir werden weiterhin gemeinsame Projekte mit ihnen durchführen und auch eigene Projekte von Nicht-Regierungsorganisationen finanziell unterstützen. Zehn Prozent der für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehenen Mittel wollen wir für Bildungs- und Informationsarbeit in Niedersachsen einsetzen.

Die Bereitstellung angepaßter und umweltfreundlicher Energietechnologien soll ein Schlüsselelement unserer zukünftigen Entwicklungspolitik sein. Sie ermöglicht Bildung und Kommunikation, erlaubt medizinische Versorgung und Bewässerung der Felder, verhindert die Zerstörung der Wälder, die jetzt oft die einzige Energiequelle sind, und fördert die Bildung von Kleingewerbe. Damit wird Landflucht und städtischer Slumbildung entgegengewirkt.

Niedersachsens Möglichkeiten zur Hilfe sind begrenzt. Aber wir wollen sie nutzen, und wir wollen die Bedürfnisse der armen Länder in allen Regierungsentscheidungen berücksichtigen, damit die Kluft zwischen Nord und Süd nicht durch unser Zutun noch weiter aufgerissen wird.

In Zukunft Niedersachsen

Niedersachsen ist ein schönes Land. Reich an einmaligen Kulturschätzen, vielfältigen Landschaften und einer gesunden Umwelt. Ein offenes Land, modern und tolerant im Innern und mit guten Beziehungen zu seinen Nachbarn in Deutschland und Europa. Ein selbstbewußtes Land mit starken Menschen und einer großen demokratischen Tradition. Ein Land mit Raum zum Leben, Raum für Ideen, Raum für die Zukunft.

Wir lieben dieses Land und alle diese Eigenschaften. Wir haben darunter gelitten, daß manche davon lange verschüttet waren. Daß man nur von Heinrich dem Löwen sprach, aber nicht von den Wilhelmshavener Matrosen, deren Aufstand 1918 den Anstoß gab, den Krieg zu beenden und Deutschland zur Republik zu machen. Daß man bei niedersächsischer Literatur nur an Hermann Löns' Heidegedichte dachte, aber nicht an den Sozialkritiker Löns und schon gar nicht an Erich Maria Remarque. Daß die aufgeschlossenen und modernen Niedersachsen nur als sturmfest und erdverwachsen (und manchmal als skandalträchtig) galten.

Das Bild von Niedersachsen hat sich verändert. Niedersachsens Stimme hat Gewicht bekommen. In einigen Bereichen der Politik gibt sie bundesweit den Ton an. Niedersachsen strebt nach vorn. Hieran wollen wir weiterarbeiten. Den Weg beschreibt dieses Wahlprogramm.

Wir streben nicht fremden Vorbildern nach. Wir brauchen nicht die Lebenshaltungskosten der süddeutschen Großstädte, nicht die Skyline von Frankfurt und nicht die Enge des Ruhrgebietes. Wir rennen nicht alten Werten hinterher, die anderswo ohnehin verbraucht sind. Wir gehen einen eigenen Weg, der nur bei uns funktioniert, weil er auf die Stärken unseres Landes aufbaut. Und das heißt vor allem: auf die Stärken der Menschen in Niedersachsen, auf ihre Kreativität, auf ihre Ideen, auf ihre Arbeit.

Die Zukunft gehört den Ländern, die Arbeitsplätze durch Umweltschutz schaffen. Sicher werden die Standorte sein, an denen soziale Sicherheit herrscht. Fortschritt wird dort stattfinden, wo Frauen gleichberechtigt an ihm mitarbeiten. Die Kultur wird dort aufblühen, wo heute der Nachwuchs Chancen bekommt.

Daran wollen wir arbeiten. Die Zeit ist gut für Niedersachsen. Ob wir sie nutzen können, liegt an jeder und jedem einzelnen in diesem Land.

Inhalt

Politik mit Weitblick 3

1. In Zeiten wie diesen 3
2. Worauf wir stolz sind 4
   Führen und zusammenführen 4
   Niedersachsen ist auf einem guten Weg 4
   Neue Ideen für Niedersachsen 5
3. Womit wir rechnen müssen 6
   Größere Aufgaben und weniger Geld 7
   Solide Finanzpolitik sichert Reformfähigkeit 7
   Mehr Spielraum für Niedersachsen 8
   Mehr Leistung fürs Geld 8
   Mehr Verantwortung, weniger Subventionen 9
   Mehr Druck auf Bonn 9
4. Worauf Sie sich verlassen können 9
   Niedersachsen geht vor 10
   Niedersachsen bleibt gerecht 10
   Niedersachsen bleibt sauber 10
   Niedersachsen behütet seine Kinder 10
   Niedersachsen bleibt im Gespräch 10

Das Neue gestalten: Die Grundlagen des Fortschritts 11

1. Frauen und Gleichstellung 12
   Ohne Frauenförderung keine Gleichstellung 12
   Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt 12
   Hilfe und Förderung im Alltag 13
2. Kultur und Medien 13
   Eine neue Struktur für die Kulturförderung 14
   Kultur schafft Arbeit 14
   Kunst und Kultur sind für alle da 14
   Kultur lebt vom multikulturellen Austausch 14
   Pressefreiheit und Bildschirmgewalt 15
3. Kinder und Jugendliche 15
   Kinder brauchen ihre eigene Welt 15
   Ein Kindergartenplatz für jedes Kind 15
   Jugendarbeit heißt Anleitung zur Selbständigkeit 16
   Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten 16
4. Leben im Alter 17
   Neue Chancen mit dem Ruhestand 17
   Nur Lust am Leben gibt Lebensmut 18
   Dem Alter die Sorgen nehmen 18
5. Ohne Fremde sind wir allein 19
   Rechtssicherheit für Ausländerinnen und Ausländer 19
   Zusammen leben und zusammen lernen 19
6. Sport und Gesellschaft 19
   Sport in Niedersachsen 20

Arbeit und Umwelt: Unsere Lebensgrundlagen 21

1. Ökologische Modernisierung der Wirtschaft 22
Von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft . . . 22
Der Ökologiefonds hilft Wirtschaft und Umwelt 22
Neue Energiepolitik aus Niedersachsen 22
Der Ausstieg aus der Atomenergie kommt voran 23
Abfallpolitik heißt: Vermeiden, vermindern, verwerten . . . 23
Natur schafft Arbeitsplätze: Sanften Tourismus ausbauen . 24
EXPO 2000: Chance für die Umwelt, Chance für Niedersachsen 24
2. Vorausschauende Strukturpolitik 24
Technologietransfer hilft Wirtschaft und Wissenschaft . . . 25
Selbstverantwortung der Regionen stärken 26
Qualifizierung als Strukturpolitik 26
Neue Betriebe für eine gesunde Wirtschaftsstruktur 26
Den Mittelstand stärken 27
Verkehrspolitik für Menschen und Umwelt 27
Vorrang für Busse und Bahnen 28
Güterverkehr auf Straße, Schiene und Wasser verbinden . 28
Moderne Standorte brauchen moderne Häfen 28
4. Natur- und Umweltschutz 28
Naturschutzgebiete so groß wie das Saarland 29
Güteklasse II für alle Flüsse, Bäche und Seen 29
Saubere Luft und ruhige Straßen 30
Sanierung von Altlasten 30
5. Gesunde Nahrung von gesunden Höfen 30
Statt Agrarfabriken: Zurück zum bäuerlichen Betrieb . . . 30
Marktchancen für Qualitätsprodukte verbessern 31
Lebensmittelkontrolle für Verbraucher und Erzeuger . . . 31
Landwirtschaft und Natur versöhnen 31
Gesunde Wälder sichern Arbeitsplätze 31
Tiere schützen, Tierversuche vermeiden 32

Soziale Grundrechte: Die Grundlagen der Demokratie 33

1. Zentrale Aufgabe Wohnungsbau 34
Jede halbe Stunde eine neue Sozialwohnung 34
Mehr Kreativität in der Wohnungspolitik 34
Die Finanzierung verbessern 35
Lebenswerte Stadtzentren und lebendige Dörfer 35
2. Aktive Arbeitsmarktpolitik 35
Arbeit und Qualifizierung gegen Dauerarbeitslosigkeit . . 36
Für eine verbesserte Arbeitsförderung 36
3. Sicherheit für Hilfsbedürftige 36
Für eine soziale Grundsicherung 36
Eine sichere Perspektive für die Pflege 37
Selbständiges Leben für behinderte Menschen 37
4. Gesundheitspolitik 38
Gesundheitspolitik ist Vorsorgepolitik 38
Ein neues Bedarfskonzept für die Krankenhäuser 38
Psychisch Kranke und seelisch Behinderte integrieren . . . 38
Kranken- und Rentenversicherungen stärken 39
Gegen AIDS helfen nur Aufklärung und Vorbeugung . . . 39
5. Drogenpolitik 39
Hilfe statt Strafe 39
6. Abbau der Diskriminierung lesbischer Frauen und schwuler Männer 40

Bildung und Wissen: Die Grundlagen der Zukunft 41

1. Allgemeinbildende Schulen 42
Gleiche Chancen von Anfang an 42
Freie Wahl der Schulform 43
Die Orientierungsstufe hilft allen Kindern 43
Behinderte und Nichtbehinderte lernen gemeinsam 43
Eingliederungshilfen für ausländische Kinder 43
Ganztagsschulen und ganztägige Betreuung ausbauen . . 43
Chancengleichheit geht vor Schulzeitverkürzung 44
Europa beginnt in der Grundschule 44
Auch Lehrkräfte müssen ständig lernen 44
Unterrichtsversorgung braucht mehr als neue Lehrkräfte . 44
2. Berufliche Bildung 45
Berufliche Bildung aufwerten 45
Neue Aufgaben für berufsbildende Schulen 45
Berufsakademien bringe neue Ausbildungsangebote . . . 46
3. Hochschulen 46
Mehr Fächer, mehr Studienplätze für Fachhochschulen . . 46
Mehr Raum für die Universitäten 47
Lehre und Studienbedingungen verbessern 47
Forschung im Dienst der Gesellschaft 47
Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht Chancen 48
Frauenförderung für die Professorinnen von morgen . . . 48
Durch Ausbildungsförderung zu kürzeren Studienzeiten . . 48
Durch Autonomie zu besseren Hochschulen 48
4. Weiterbildung 48
Politische Bildung für eine lebendige Demokratie 49
Das Lernen endet nicht mit der Abschlußprüfung 49
Weiterbildung braucht öffentliche Verantwortung 49

Staat und Recht: Die Grundlagen unseres Zusammenlebens 51

1. Verfassung und Verwaltung 52
Neue Gesetze für eine offene Gesellschaft 52
Moderne Verwaltung im Dienst der Bürgerinnen und Bürger . 52
Demokratie braucht außerparlamentarische Initiativen . . 53
Direkte Demokratie in der kommunalen Selbstverwaltung . 53
2. Justiz und Strafvollzug 53
Streit schlichten ohne Gerichte 54
Resozialisierung im Strafvollzug sichern 54
3. Innere Sicherheit 54
Soziale und kommunale Vorbeugungsstrategien 55
Dem Rechtsextremismus den Boden entziehen 55
Stärkung der Polizei 56
Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen 56
Opferschutz und Opferberatung 57
4. Politik über die Landesgrenzen 57
Niedersachsen und seine Nachbarn 58
Zuwanderung und Asylrecht 58
Entwicklungsprojekte gegen Armut und Unterdrückung . . 59

In Zukunft Niedersachsen 61

Bibliothek der FES
1191416

Herausgeber: SPD-Landesverband Niedersachsen · Odeonstraße 15/16 · 30159 Hannover · ViSdP: Wolfgang Senff